

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 107 6/2002



Gedenkstätten Rundbrief

Berichte

- 3 Hanseatischer Sinneswandel
Gefängnisverlagerung und Gedenkstättenausbau
in Neuengamme sind beschlossene Sache
Detlef Garbe
- 15 Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge – Neue Dauerausstellung
Denise Wesenberg
- 23 Einlage
Einladung und Programm 38. Bundesweites Gedenkstättenseminar
vom 29.9.-2.10.2002 in Flossenbürg: »Sammeln, Bewahren und
Dokumentieren als Grundlage für Bildungsarbeit in Gedenkstätten«

Zur Diskussion

- 28 Die Zukunft der Vergangenheit
Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie
Gerd Wiegel

Infos, News

- 38 8. Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken
Irmela Roschmann-Steltenkamp
- 39 Mauthausen-Überlebende als Zeitzeugen gesucht
Alice von Plato
- 40 Förderprogramm: Begegnungen mit Zeitzeugen –
Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter
Mitteilung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«

Gedenkstätten Rundschau

- 41 Gedenkstätte Ahrensböök
Christian Rathmer
- 43 Veranstaltungshinweise
- 45 Literaturhinweise

Titelfoto: Ausschnitt aus dem virtuellen Modell des KZ Langenstein-Zwieberge.
Für die Ausstellung wurde originales historisches Bildmaterial digital aufbereitet
und virtuell gestaltet. Lagertor und Zaun, über deren Aufbau es bisher große
Unklarheiten gab, sind nun zum ersten Mal deutlich zu lokalisieren.
Bitte beachten Sie hierzu den Beitrag von Denise Wesenberg in diesem Heft.

Hanseatischer Sinneswandel

GEFÄNGNISVERLAGERUNG UND GEDENKSTÄTTENAUSBAU
IN NEUENGAMME SIND BESCHLOSSENE SACHE

Detlef Garbe

»Hamburgs Ruf ist gerettet« – diese erlösende Schlagzeile, mit der die BILD-Zeitung vom 22. November letzten Jahres über die Abkehr der neuen Hamburger Regierung von ihren Plänen zum Weiterbetrieb des Gefängnisses im ehemaligen KZ Neuengamme berichtete, markiert einen Veränderungsprozess im öffentlichen Bewusstsein der Hansestadt, der noch vor zwanzig und selbst vor zehn Jahren nicht denkbar gewesen wäre. Denn bekanntlich hat sich Hamburg jahrzehntelang sehr schwer getan mit der Erinnerung an das im Südosten der Stadt gelegene KZ-Hauptlager, dessen Gründung 1940 ebenso wie die Räumung 1945 von städtischen Interessen geprägt waren und aus dem die Hamburger Kriegswirtschaft großen Nutzen zog.

Dem Vergessen leistete auch die Nachkriegsnutzung des KZs zunächst als britisches Internierungslager, ab 1948 als Hamburger Gefängnis Vorschub. Die Holzbaracken wurden abgerissen und durch einen aus Steinen des KZ-Klinkerwerks errichteten Zellen-trakt ersetzt. Zwei große, 1944 als Massivbauten errichtete zweigeschossige Häftlings-unterkünfte, Fabrikationshallen des KZ-Rüstungsbetriebs der Firma Walther, SS-Wirt-schaftsgebäude und -Garagen, das Kommandantenhaus, die SS-Hauptwache und einige weitere Steinbauten wurden hingegen – bis in die Gegenwart hinein – weiter genutzt. Zur Einrichtung der Gedenkstätte kam es erst 1965 nach hartnäckigem Drängen der in der »Amicale Internationale« zusammengeschlossenen Überlebenden, wobei die Mahnmalsanlage außerhalb des eigentlichen Lagerbereiches auf dem abseits gelegenen Gelände der ehemaligen KZ-Gärtnerei errichtet wurde.

Und auch der denkwürdige Beschluss des Hamburger Senats vom Juli 1989, die »Justizvollzugsanstalt Vierlande« verlagern und damit die jahrzehntelange Nutzung des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis beenden zu wollen, war keineswegs von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mehrheit getragen. Der damalige Bürgermeister Dr. Voscherau musste die Entscheidung vielmehr auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen. Die CDU war ohnehin gegen das 1991/92 unter Voscheraus Vorsitz von einer Expertenkommission erarbeitete Gedenkstättenkonzept – wegen der erforderlichen Kosten für den Bau eines Ersatzgefängnisses und unter Hin-weis darauf, dass eine »Korrektur Jahrzehnte danach [...] die historische Fehlentscheid-ung der Nachkriegsjahre nicht ungeschehen machen« könne.

In den neunziger Jahren ließen wiederholte Verschiebungen des Vorhabens auf-grund von Standort- und Finanzierungsproblemen am Realisierungswillen des Senats Zweifel aufkommen. Mit dem 1997 gebildeten Regierungsbündnis aus SPD und Grün-Alternativer Liste (GAL) kam das Projekt wieder in Fahrt. Doch insgesamt vergingen seit dem Verlagerungsbeschluss von 1989 über zehn Jahre, ehe im Dezember 2000 der Grundstein für den Neubau einer 96,1 Millionen DM teuren Haftanstalt in Hamburg-Billwerder gelegt werden konnte, die die JVA Vierlande ersetzen soll. Am Ende dieses langen Weges zeigte sich dann aber doch über alle Parteigrenzen hinweg Einver-

Gespräch mit Vertretern
der Amicale
Internationale, Rathaus
Hamburg, 23. 11. 2001.
Von links: Jean Le Bis,
Robert Pinçon, Bürger-
meister Ole von Beust,
Fritz Bringmann,
Senator Rudolf Lange,
Staatsrat Gert Hinnerk
Behlmer, Brigitte und
Ernst Nielsen.
Foto: Joop van Vonderen



nehmen: Am 5. September 2001 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig, die seit 1948 zu Haftzwecken genutzten KZ-Gebäude nach Fertigstellung des Gefängnisneubaus in die Gedenkstätte einzubeziehen und diese in den Jahren 2002 bis 2006 in drei Schritten zu einem »Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum« zu entwickeln. In der historisch zu nennenden Debatte – nur zweieinhalb Wochen vor den Wahlen war diese Frage noch kurzfristig auf die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftssitzung gesetzt worden – bekannten sich Redner aller Parteien zu diesem Konzept.

Die CDU-Abgeordnete Rena Vahlefeld unterstrich nachdrücklich die Verlagerungsnotwendigkeit, in ihrer bewegenden Rede bezeichnete sie einen Weiterbetrieb der Justizvollzugsanstalt an diesem Ort als »unerträglich«. Der SPD-Abgeordnete Professor Franklin Kopitzsch sah in der einvernehmlichen Zustimmung ein überaus »gutes Zeichen«, gerade angesichts der »Zweifel«, ob dies »bei der kommenden Bürgerschaft« genauso sein werde.

Die Meinungsumfragen jener Tage sahen schon einen Wahlerfolg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive unter ihrem Vorsitzenden Ronald Barnabas Schill voraus, die in ihrem Wahlprogramm die Forderung nach »Verhinderung der Schließung der völlig funktionsfähigen Anstalt« in Neuengamme erhob. Vor diesem Hintergrund störte der GAL-Abgeordnete Dr. Martin Schmidt die von ihm ausgemachte »Andachtsstimmung«. Er griff in der Debatte vom 5. September die CDU scharf an, die in den Debatten der vergangenen 15 Jahre stets gegen die Beendigung des Gefängnisbetriebs im ehemaligen KZ Neuengamme votiert habe. Und im Blick auf die anstehende Wahl wandte er sich mit den folgenden Worten an die Oppositionsfraktion: »Sie wollen ja demnächst, wenn es das Volk so entscheiden sollte, mit einem Herrn regieren, der noch immer der Meinung ist, dass die Justizvollzugsanstalt nicht verlegt werden sollte. [...] Was werden Sie denn tun, falls Sie wirklich regieren sollten? Kann man das heute Abend erfahren?« Die CDU blieb in dieser Bürgerschaftssitzung, in der ihre Abgeordneten – wie sich im Nachhinein feststellen lässt – nach 44 Jahren zum vorerst letzten Mal die harten Oppositionsbänke einnehmen mussten, die Antwort nicht schuldig. In der anschließenden Abstimmung wurde die Vorlage, die Gesamtkosten in Höhe von 26 Millionen DM bei einer 50-prozentigen Bundesbeteiligung veranschlagte, durch die nahezu vollzählig versammelte Bürgerschaft auch mit ihren Stimmen verabschiedet.



Begehung KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit Vertretern der Opferverbände, 21. November 2001. Bildmitte von links: Jean Le Bis (Amicale Internationale), Schulsenator Rudolf Lange (FDP), Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), Daniel Ajzensztein (Zentralrat der Juden in Deutschland). Foto: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Es schien, als habe sich mit diesem Beschluss in Hamburg über die Parteigrenzen hinweg die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Weiternutzung eines ehemaligen Konzentrationslagers als Gefängnis politisch unvertretbar ist und dass es an dieser Stätte von internationaler Bedeutung eines Lernortes bedarf, der in der Auseinandersetzung mit der Geschichte das Wissen um die Bedeutung von Menschenrechten, Demokratie und Freiheit stärkt und einen Beitrag zur Bildung einer europäischen Identität leistet.

Doch nach den Wahlen vom 23. September 2001, die zu einer stark veränderten Sitzverteilung in der Bürgerschaft und zu einem Regierungswechsel führten, stand der zuvor erreichte Konsens plötzlich wieder zur Disposition. Dabei waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte am 10. Oktober noch zuversichtlich, als sie im Rahmen einer Festveranstaltung gemeinsam mit dem Amicale-Präsidenten Robert Pinçon, dem ehemaligen Bürgermeister Dr. Henning Voscherau, Kulturbedörden-Staatsrat Gert Hinnerk Behlmer und weiteren Gästen den 20. Jahrestag der Errichtung des Dokumentenhauses Neuengamme begingen. Das aus diesem Anlass unter dem Titel »Rückblicke – Ausblicke« veröffentlichte Buch über die Aktivitäten der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den Jahren 1981 bis 2001 äußerte hinsichtlich des Gedenkstättenkonzeptes die Erwartung, »dass die in der letzten Bürgerschaft erreichte Einstimmigkeit in dieser zentralen Frage Hamburger Geschichtsbewusstseins auch in der neuen Bürgerschaft bewahrt bleibt«. In einer Stellungnahme für die hinsichtlich der Folgen des Wahlausgangs verunsicherte Amicale Internationale erklärte der Leiter der Gedenkstätte: »Es gibt jedenfalls für mich keinen Grund zu der Annahme, dass ein neuer Erster Bürgermeister, der die Verantwortung für die Stadt als ganze trägt, einen Beschluss in der Regierungsverantwortung nicht umzusetzen gewillt sein könnte, den seine Partei, als sie sich noch in der Opposition befand, mitgetragen hat.«

Nur wenige Tage nach der Festveranstaltung erschienen Pressemeldungen, in denen davon die Rede war, dass die neue Regierungskoalition unter Ole von Beust die Entscheidung zur Schließung des seit 1948 auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme befindlichen Gefängnisses aus Gründen des aktuellen Haftplatzbedarfes wieder rückgängig machen wolle. Damit drohten die Ergebnisse des über zehnjährigen Diskussionsprozesses Makulatur zu werden. Was war geschehen: Am Samstag, dem 13. Oktober, war bei der letzten Runde der im Eiltempo geführten Koalitionsverhand-

lungen von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP in den Beratungen zum Justizbereich »zu später Stunde« auch der Gefängnisbetrieb in Neuengamme thematisiert worden. Über das Ergebnis der Beratungen war am folgenden Montag, dem 15. Oktober, in der »Welt« zu lesen: »Während der neue Senat den von seinem Vorgänger auf den Weg gebrachten Neubau der Vollzugsanstalt Billwerder weiter betreiben will, erteilte er der noch unter Bürgermeister Henning Voscherau beschlossenen Schließung der Anstalt Neuengamme auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine definitive Absage. ›Trotz des hohen Symbolwertes und Diffamierungspotenzials werden wir am Betrieb festhalten‹, so von Beust. Der ›Sündenfall‹, dort überhaupt ein Gefängnis einzurichten, liege Jahrzehnte zurück. Durch die Bewältigung der Vergangenheit sei der Weiterbetrieb ›nicht mehr taktlos‹. Zudem könne es sich die Stadt nicht leisten, auf 400 ›nach modernsten Gesichtspunkten‹ geführte Haftplätze zu verzichten.«

Diese Äußerungen sorgten für große Aufregung und öffentlichen Unmut. Vor allem in Hamburg, aber auch national und international erhob sich eine Welle des Protestes. Noch am gleichen Tag kritisierte Noch-Bürgermeister Ortwin Runde (SPD) die Pläne des zukünftigen Senats und erklärte, dass Hamburg »gegenüber den Opfern des KZ-Terrors im Wort« stehe. Die ebenfalls noch im Amt befindliche, parteilose Kultursenatorin Dr. Christina Weiss bezeichnete die Pläne als »skandalös und zynisch gegenüber den überlebenden Opfern«. Die CDU scheine »bereit zu sein, alle Skrupel über Bord zu werfen und sich der Law-and-Order-Politik von Schill zu beugen«. Es drohe »dumpher, geschichtsloser Pragmatismus«. Ihre Erklärung endete mit den Worten: »Ich bin entsetzt und ich schäme mich für Hamburg.« Der Präsident des Zentralrats der Juden Paul Spiegel äußerte sein außerordentliches Befremden darüber, dass die CDU »von ihrer früheren Position abgerückt« sei. Er wolle nicht hoffen, »dass die Schill-Partei hier auf dem Rücken der Erinnerungskultur ein Zeichen setzen will«.

Erläuterungen, die daraufhin CDU-Politiker zur Rechtfertigung des Koalitionsbeschlusses in der Presse abgaben, waren nicht geeignet, die Aufregung einzudämmen – eher im Gegenteil. Neben den Kosten- und Haftplatzargumenten und dem Verweis darauf, dass sich auf dem Gelände in Neuengamme schließlich noch eine zweite, 1970 auf dem Areal der Tongruben neu errichtete Haftanstalt befinde, die auch die alte Regierung nicht habe verlegen wollen, gab es auch weniger pragmatische Antworten, etwa dass man durch den Weiterbetrieb der Neuengammer Anstalt auch zeigen könne, wie man Strafvollzug in einer Demokratie praktiziere. Irritationen löste auch die Äußerung eines Fraktionssprechers aus, wonach die nur wenige Wochen zurückliegende Zustimmung der CDU zur Erweiterung der Gedenkstätte in der Bürgerschaft nur deshalb erfolgt sei, um eine Konfrontation zu vermeiden.

Die Presse deutete dies anders. Für sie stellte sich die Absicht der Koalitionäre, von der Schließung der Strafanstalt in Neuengamme Abstand nehmen zu wollen, so dar, als sei Hamburgs kommender Bürgermeister bereit, sich auf dem sensiblen Feld der Vergangenheitspolitik dem Druck des nach seinem fulminanten Wahlerfolg bundesweit mit Argwohn beäugten Richter Schill zu beugen. In selten gekannter Einmütigkeit plädierte die Hamburger Presselandschaft dafür, dass der nach langen und schwierigen Diskussionen erreichte parlamentarische Konsens in dieser, für das geschichtliche Selbstverständnis der Stadt zentralen Frage nicht aufgekündigt werden dürfe. Auch angesehene nationale und internationale Presseorgane wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die »Zeit«, »Times« und »Le Monde« sahen einen »Skandal«. Einige ausländische



links: Richtfest Justizvollzugsanstalt Billwerder 10.1. 2002. Hamburgs zweiter Bürgermeister und Innensenator Ronald Schill im Gespräch mit Fritz Bringmann, langjähriger Generalsekretär der Amicale Internationale KZ Neuengamme
rechts: Schulsenator Lange, Besuch der Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
Fotos: KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Stimmen fragten besorgt, ob in Deutschland unter dem Einfluss neuer »rechtspopulistischer« Strömungen die erreichten hohen moralischen Standards im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wieder preisgegeben werden könnten.

Unter dem Eindruck des publizistischen Echos zeigten sich die Koalitionspartner beweglich. Die in der Verhandlungsrunde am 13. Oktober festgelegte Position (»Der Neubau der Anstalt Billwerder wird unter Bedarfspunkten weiterbetrieben, unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben.«) wurde im sechs Tage später unterzeichneten Koalitionsvertrag modifiziert. Nun hieß es: »Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit den jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII angesichts des dringenden Bedarfs an ausreichenden Haftplätzen in Hamburg aufgegeben werden können.«

Auch ohne dieses Gesprächsangebot waren zu der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung am 19. Oktober Vertreter der Amicale aus Frankreich sowie der langjährige Generalsekretär der Amicale Fritz Bringmann angereist, um gegen die Pläne der neuen Hamburger Regierung zu protestieren. Sie handelten stellvertretend für viele Hunderte ehemalige KZ-Häftlinge und deren Familienangehörige, die aus ganz Europa sehr bewegende Briefe nach Hamburg schrieben und darauf verwiesen, dass für sie der Weiterbetrieb des Gefängnisses der Fortführung einer Grabschändung gleichkomme. Im Anschluss an eine Pressekonferenz im DGB-Haus zogen die Amicale-Vertreter ins Rathaus. Der designierte Bürgermeister Ole von Beust, den sie – unaufgefordert und unangemeldet – aufsuchten, empfing sie spontan zu einem Gespräch, in dem er ihnen das Versprechen gab, »nichts ohne Ihr Einvernehmen« unternehmen zu wollen: »Wir werden nicht über Nacht kaputt machen, was Sie erreicht haben.« Er kündigte an, dass die künftigen Senatoren für Justiz und Kultur in Gesprächen mit den beteiligten Verbänden nach einer Lösung suchen werden.

Die Frage der KZ-Gedenkstätte Neuengamme spielte auch eine Rolle bei der Personalie, die Hamburgs neue Regierung wochenlang ins Gerede brachte. Am Vortage, dem 18. Oktober, war über die Agenturen die Meldung verbreitet worden, dass Nike Wagner, die Urenkelin des Komponisten Richard Wagner, das ihr angetragene Amt der Kultursenatorin abgelehnt habe. Sie verwies darauf, dass sie in den Gesprächen keine hinreichende Zusage für eine Erhöhung des Hamburger Kulturetats erhalten habe.

Aber sie bezeichnete es als »Riesenerfolg«, dass ihr, als sie mit ihrer Absage drohte, die Erfüllung ihrer zweiten Eingangsforderung, den Beschluss zu Neuengamme zu revidieren und die Gedenkstätte auszubauen, in einem erneuten Gespräch vier Stunden später zugesagt worden sei. Mit ihrer Erklärung gegenüber der Presse: »Das können sie nicht mehr rückgängig machen, egal, wer Kultursenator wird«, setzte sie Maßstäbe, an denen sich alle Bewerberinnen und Bewerber für das Amt würden messen lassen müssen. Und Namen – mal mehr, mal weniger respektable – wurden in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder genannt.

In der Presse nahm die Kritik an den Koalitionsfraktionen nun weiter zu. Die »Welt« befand unter Bezug auf die Absage von Nike Wagner und die »Hamburgs internationalen Ruf schädigende Behandlung des Themas KZ-Gedenkstätte Neuengamme« am 19. Oktober, dem Tag der Koalitionsvertragsunterzeichnung: »Der Start der Mitte-Rechts-Koalition ist in Wahrheit ein Fehlstart, entstanden aus Mangel an politischer Management-Erfahrung.«

Auch innerhalb der Koalitionspartner wurde nun Kritik an der Entscheidung geübt. Der Hamburger Landesvorstand der FDP missbilligte am 21. Oktober die Koalitionsforderung nach einem Verbleib der Justizvollzugsanstalt auf dem ehemaligen KZ-Gelände und sprach sich stattdessen für eine »zügige Realisierung des Ausbaus der Gedenkstätte Neuengamme« aus. Auf dem kurz darauf veranstalteten Parteitag erinnerten Redner an das starke Engagement gerade der Liberalen für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme in den achtziger Jahren unter den von der FDP gestellten Kultursenatoren Helga Schuchardt und Prof. Ingo von Münch. FDP-Spitzenkandidat und Koalitionsverhandlungsführer Rudolf Lange gab zu, in Unkenntnis gehandelt zu haben, als er in den Koalitionsverhandlungen in dieser Frage »Schill gefolgt« sei.

Auch in der CDU war nunmehr wieder von einer Erweiterung der Gedenkstätte die Rede, »aber vielleicht nicht in dem Flächenausmaß«. Auch gelte es, das Konzept und die »Anordnung auf dem Gelände« noch einmal zu überprüfen. Parteigründer Ronald Schill verwies ebenfalls darauf, es sei keine endgültige Entscheidung getroffen. Er bestritt, dass er in der Verhandlungsrunde zur Neuengammer Haftanstalt die Koalitionspartner auf seine Linie gebracht habe; es sei in dieser Frage von Seiten seiner Partei »überhaupt keine Überzeugungsarbeit notwendig« gewesen, denn sowohl von der FDP als auch von der CDU sei »dieser Wunsch mit getragen worden«. Vor dem Hintergrund seiner eigenen biographischen Betroffenheit – sein Großvater Kurt Schill wurde am 14. 2. 1944 als kommunistischer Widerstandskämpfer im Arrestbunker des KZ Neuengamme erhängt – versicherte er, dass die neue Regierung das Gespräch mit allen Betroffenen suchen werde.

Als am 31. Oktober 2001 nach über vierzig Jahren mit Ole von Beust erstmals wieder in Hamburg ein Christdemokrat das Bürgermeisteramt antrat, wurde der Wahlakt von einer »Aktuellen Stunde« überschattet, die die GAL-Fraktion zum angemessenen Umgang mit dem historischen Erbe des KZ Neuengamme angemeldet hatte. Dass einer solchen Debatte unmittelbar im Anschluss an den feierlichen Akt der Vereidigung eines neuen Senats stattgegeben wurde, ist ein bisher einmaliger Akt in der Hamburger Parlamentsgeschichte und verdeutlicht die Brisanz des Themas. Dementsprechend heftig und emotionsgeladen war der Schlagabtausch zwischen den Fraktionen der neuen Rathauskoalition und den Oppositionsparteien SPD und GAL. Während die Oppositionsabgeordneten der neuen Regierung Wortbruch, geschichtliche Verantwor-

Hamburgs Ruf ist gerettet

Das Gefängnis verschwindet von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme



Die Strafanstalt Vierlande soll bis Juni 2003 geräumt werden. Anschließend soll bis Mai 2005 der umfangreiche Umbau zur Gedenkstätte erfolgen
Foto: action press

Von MARTIN JENSEN
Das KZ Neuengamme, ein düsteres Gebäude, Hamburgs schlimmstes Erbe aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Der neue Senat hat jetzt entschieden: Das umstrittene Gefängnis auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme wird verlegt. Der Ausbau zu einer reinen Gedenkstätte soll bis Mai 2005 erfolgen. In ihrer Koalitionsvereinbarung hatten CDU, Schill-Partei und FDP noch erklärt, die Gefängnisplätze in Neuengamme erhalten zu wollen. Das hatte zu Aufregung und Protesten geführt. Hamburgs Ruf war in Gefahr.

Nach Besichtigungen des KZ-Geländes und Gesprächen mit Vertretern von „Amicale“, der internationalen Organisation früherer KZ-Häftlinge, ließ sich der Senat jetzt umstimmen. Justizsenator Roger Kusch erklärte gestern: „Die Gefangenen werden so schnell wie möglich verlegt.“

Die vorhergegangenen unterschiedlichen Erklärungen aus dem Senat bezeichnete Kusch als „Anfängerfehler“ und „unglückliche Pressearbeit“.

Mit dem neuen Beschluss will der Senat die Umgestaltung zur Gedenkstätte noch beschleunigen. Unter der rot-grünen Regierung war ein Ausbau der Gedenkstätte bis En-

de 2006 beschlossen worden.

Der Justizsenator bat im Gegenzug die Opferverbände darum, den Umzug der Gefangenen um ein halbes Jahr zu verschie-

ben. Er soll bis Juni 2003 erfolgen. Die JVA Billstedt, vom rot-grünen Senat als offene Anstalt geplant, soll bis dahin eine geschlossene Anstalt werden, Kusch: „Die baulichen Veränderungen brauchen Zeit.“

Dafür sollen die Hunde-Zwinger in den früheren SS-Garagen schon bis zum 12. Dezember geräumt werden. Kusch versprach: „Der KZ-Appell-Platz wird noch 2002 zu einer Gedenkstätte umgestaltet.“

Der Justizsenator: „Die neuen Pläne werden nur umgesetzt, wenn alle Betroffenen zustimmen. Sonst werden wir uns an die früheren Zusagen des Senats halten.“

„Amicale“-Präsident Robert Pincon: „Wir sehen den guten Willen des neuen Senats und werden darüber beraten.“

Beindruckt von Hamburgs düsterer Geschichte: Schulsenator Rudolf Lange, Daniel Ayzensztejn, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, und Justizsenator Roger Kusch (von links) Foto: ap

Im KZ Neuengamme starben 55 000 Menschen

Das 70 Hektar große Gelände des KZ Neuengamme wurde 1940 eines der größten deutschen Lager für Kriegsgefangene. 106 000 Häftlinge wurden dort untergebracht, davon überlebten 55 000 die unmenschlichen Haftbedingungen nicht.

Die Gefangenen, die u. a. aus Russland, Polen, Frankreich und Dänemark kamen, mussten in dem Klinkerwerk auf dem Gelän-

de oder in der Rüstungsindustrie arbeiten.

Am 21. April 1945 erhängten SS-Leute dort 20 jüdische Kinder, an denen medizinische Experimente vorgenommen worden waren.

Die Gedenkstätte wird jährlich von rund 60 000 Menschen besucht. Zurzeit befindet sich auf dem Gelände noch die JVA Vierlande mit rund 300 Strafgefangenen.

tungslosigkeit und eine schwere Schädigung des internationalen Ansehens Hamburgs vorwarfen, hielten Abgeordnete von CDU, Schill-Partei und FDP ihnen vor, dieses Thema parteipolitisch instrumentalisieren zu wollen. Dabei sei moralische Überheblichkeit völlig fehl am Platze, denn es seien schließlich sozialdemokratisch geführte Senate gewesen, die 1948 im ehemaligen KZ Neuengamme ein Gefängnis einrichteten, dieses 1970 um ein zweites ergänzten und die – anders als ihre jetzigen Voten vermuten ließen – es schließlich in den letzten zwölf Jahren selbst nicht vermocht hätten, die Gefängnisverlagerung auch tatsächlich zu realisieren. Frank-Michael Bauer, der Redner der Schill-Partei, erklärte, dass niemand – weder in der Bürgerschaft, noch der Zentralrat der Juden oder die Opferorganisation Amicale Internationale – »das Alleinvertretungsrecht gepachtet« habe. Unter Hinweis auf seine Herkunft aus einer jüdischen Familie, die sich der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt sah, nahm er für sich die Feststellung in Anspruch, nicht die Absicht zum weiteren Erhalt der Justizvollzugsanstalt XII, sondern deren Einrichtung 1948 und die »Geisteshaltung der damals regierenden Sozialdemokratie« bedeutete eine »Verhöhnung und Missachtung der Opfer«.

Der ehemalige Stadtentwicklungssenator Dr. Willfried Maier (GAL) entgegnete, dass frühere Versäumnisse nicht durch das Begehen neuer Fehler ausgeräumt würden und der in der letzten Legislaturperiode gefundene parlamentarische Konsens schließlich nicht von den jetzigen Oppositionsparteien, sondern von der neuen Regierung aufgekündigt worden sei. Er gab abschließend zu bedenken, dass es aus seiner Sicht völlig undenkbar sei, der Amicale Internationale nach ihrem jahrzehntelangen Ringen nun erneute Verhandlungsrunden vorzuschlagen. Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), der für die Regierung Stellung nahm, hielt es »für völlig unangemessen«, die Koalitionsparteien »an den Pranger angeblicher Geschichtsverantwortungslosigkeit« zu stellen.

BILD-Hamburg,
22. November 2001

Obgleich auch er die historische Verantwortung sozialdemokratisch geführter Senate für den bisherigen Umgang mit dem ehemaligen KZ-Gelände herausstellte, ließ sein Redebeitrag die gebotene Sensibilität für eine »historisch würdige Lösung« erkennen. Vor dem Hintergrund seiner Eindrücke von früheren Besuchen der Gedenkstätten Yad Vashem und Auschwitz betonte er die Bedeutung der authentischen Orte, die nachdrücklicher wirkten als jedes Museum an anderem Ort.

Von ähnlicher Emotionalität wie die gegenseitigen Fehlerzuschreibungen im Parlament waren die Leserbriefauseinandersetzungen in der Hamburger Presse. Unvermeidlich waren die Forderungen nach einem »Schlussstrich unter die Vergangenheitsbewältigung«, die Klagen über die »Geldverschwendung für Gedenkstätten« und über die »Bevormundungsversuche aus dem Ausland«. Bemerkenswert war hingegen die große Zahl von Menschen, die sich für die Gefängnisverlagerung und den Gedenkstättenausbau engagierten. Dabei kam die Unterstützung im Unterschied zu früheren Jahren auch aus dem unmittelbaren örtlichen Umfeld der Gedenkstätte. Ein Bündnis im Bezirk Bergedorf aus DGB, Friedensinitiative, GAL, Jusos, Regenbogen für eine neue Linke, SPD und VVN appellierte gemeinsam an den neuen Senat, Kirchengemeinden verfassten Resolutionen, am Jahrestag der Reichspogromnacht rief der »KreisschülerInnenrat« alle Bergedorfer Schülerinnen und Schüler um 12 Uhr zu einer Schweigeminute auf, Schülerinnen und Schüler sowie die Jusos sammelten in Bergedorfs Fußgängerzone Unterschriften, mit denen die Schließung des Gefängnisstandortes Neuengamme gefordert wurde. Aber auch Mitglieder aus CDU und FDP wurden aktiv, wandten sich an ihre Abgeordneten und neuen Senatoren und trugen so nicht unwesentlich zum Meinungsumschwung bei.

Aus dem Ausland und aus dem ganzen Bundesgebiet gingen Protestbriefe und besorgte Anfragen in Hamburg ein. Zahlreiche Verfolgtenverbände, Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten appellierten an den neuen Senat. Prominente aus unterschiedlichen Bereichen meldeten sich ebenso zu Wort wie beispielsweise die Landtagspräsidenten der benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein Prof. Rolf Wernstedt und Heinz-Werner Arens. Die Amicale Internationale verkündete, dass sie hinter dem Beschluss vom 5. September nicht zurückgehen werde. Sollte die neue Regierung auf einen Weiterbetrieb des ehemaligen KZ Neuengamme als Gefängnis bestehen, werde sie »den internationalen Widerstand organisieren und auch die Regierungen um Hilfe bitten, deren Bürger Häftlinge in Neuengamme gewesen sind«.

Der neue Erste Bürgermeister, der in die Parlamentsdebatte vom 31. Oktober nicht eingegriffen hatte, erklärte in seinem ersten Zeitungsinterview nach dem Amtsantritt in der BILD-Zeitung vom 2. November, dass die Koalition beim Thema Neuengamme einen Fehler gemacht habe. Ole von Beust sprach nun davon, dass es möglicherweise »sogar noch eine größere Lösung als bisher geplant geben« werde. Er denke darüber nach, ob nicht auch die JVA IX, die in den sechziger Jahren auf dem Gelände der einstigen Tongruben – und damit auf halber Strecke zwischen ehemaligem Häftlingslager und der Mahnmalsanlage – neu errichtete zweite Haftanstalt in Neuengamme, aufgegeben werden könne. Gegebenenfalls ließe sich in den neuen Bundesländern, wo Bauland billiger sei und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, eine neue Haftanstalt bauen. Sechs Tage später erklärte der neue Schulsenator Rudolf Lange (FDP), der übergangsweise auch die Amtsgeschäfte des Kultursenators wahrnahm, in einem dpa-Gespräch, dass der Senat an der Verlagerung der JVA XII und am Ausbau der Gedenkstätte auf der Grundlage des in der letzten Bürgerschaft beschlossenen Konzepts

festhalten werde. Zur zweiten Haftanstalt, der neuen JVA IX, erklärte Lange, dass sie erhalten bleiben solle: »Das Gebäude, von dessen Abriss sowieso nie die Rede war, liegt weitab in einem historisch gesehen eher unkritischen Teil des Geländes.« Kurz darauf ließ Bürgermeister von Beust mitteilen, dass es noch keinen gemeinsamen Regierungsbeschluss in Sachen Neuengamme gebe. Die Bild titelte daraufhin: »Der erste wirklich ernste Knatsch im Bürgerblock.« Die »Welt« fasste das Geschehen in die Schlagzeile: »Von Beust weist Senator Lange in die Schranken: Vorstoß zur Zukunft Neuengammes war nicht abgesprochen.«

Für den Senat nahm der Handlungsdruck weiter zu: Die GAL-Fraktionsvorsitzende Krista Sager forderte ein schnelles Ende des »unwürdigen Hin und Her«, SPD-Landeschef Olaf Scholz erklärte, die neue Regierung dürfe dieses Thema nicht zum Gegenstand von »Parteiengetzänk und persönlicher Eitelkeit« machen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Grund sprach bei einer von »Ver.di« ausgerichteten Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November in Neuengamme von einer »unsäglichem Diskussion«, die im Interesse Hamburgs ein schnelles Ende finden müsse. Die sich verstärkende Brisanz führte zu einem einhelligen und starken Engagement der Oppositionsparteien, das sich die Amicale Internationale und andere Interessenvertreter der Gedenkstätte in den Zeiten der Stagnation, die es in den neunziger Jahren mit der Folge jahrelanger Verzögerungen auch gegeben hatte, gewünscht hätten. Holger Christier, der ehemalige SPD-Fraktionschef in der Hamburgischen Bürgerschaft, bekannte in einem Interview aufrichtig: »Es macht auch gar keinen Sinn, alles zu entschuldigen, was in den letzten Jahren passiert ist. Man kann nur um Verständnis bitten, teilweise auch um Entschuldigung, dass dies solange gedauert, dass diese Diskussionen sich hingezogen haben.«

Die bevorstehende Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters und die jährlich in Neuengamme anlässlich des Volkstrauertages stattfindende Gedenkveranstaltung weckten bei den Medien große Erwartungen. In seiner am 14. November vor dem Parlament abgegebenen Regierungserklärung bekannte sich Ole von Beust ausdrücklich zur »besonderen Verantwortung gegenüber unserer deutschen Geschichte«. Diese gelte »auch ganz konkret im Falle Neuengamme bei der Abwägung der geschichtlichen Verantwortung und dem Taktgefühl gegenüber den Opfern und den Angehörigen auf der einen Seite und der Notwendigkeit der Sicherung einer ausreichenden Anzahl von Haftplätzen in Hamburg auf der anderen Seite.« Der Erste Bürgermeister versicherte, dass die von ihm geführte Regierung »rasch zu einer für alle Seiten vernünftigen Lösung kommen« werde. Zugleich wurde in der Regierungserklärung aber noch ein weiteres Motiv deutlich, weshalb dem Senat angesichts der gegen ihn in dieser Frage erhobenen Vorwürfe an einer schnellen Beendigung der von ihm selbst angezettelten Debatte um die Zukunft der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gelegen war: Mit Nachdruck betonte Bürgermeister von Beust, dass er »ganz persönlich massiv allen Versuchen gegenüberzutreten werde, durch die Etikettierung ‚rechts‘ von Personen oder Parteien subtil eine Verbindung zu rechtsradikal oder Geschichtslosigkeit herzustellen.« Vier Tage später betonte Bürgermeister von Beust am Mahnmahl in Neuengamme in seiner Ansprache zum Volkstrauertag, dass Neuengamme »eine würdige Stätte des Gedenkens, des Erinnerns und des Lernens für die Zukunft sein« solle.

Das angekündigte Gespräch mit den Vertretern der Opferverbände fand am 21. November statt. Geladen waren Vertreter der Amicale Internationale, des Freundeskreises,

des Zentralrats der Juden und der Kirchen. Der Senat war durch Justizsenator Dr. Roger Kusch (CDU), Bausenator Mario Mettbach (Schill-Partei) und den für das Kulturressort zuständigen Schulsenator Rudolf Lange (FDP) vertreten. Nach einem zweistündigen Rundgang über das Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, an dem auch ca. 30 Journalisten teilnahmen, zogen sich die Senatsvertreter und ihre Gäste zu den Beratungen zurück. In der anschließenden Pressekonferenz erklärte Senator Kusch, Grundlage der Überlegungen der Regierungsparteien zu Neuengamme sei lediglich eine »unterschiedliche Bewertung von Strafvollzugsinteressen zwischen dem neuen Senat und dem alten« gewesen, der »in Hamburg überproportional viele offene Haftplätze« geschaffen und deshalb auch das Ersatzgefängnis in Billwerder als offene Anstalt konzipiert habe. Allein dies sei der Grund, warum der neue Senat den Bürgerschaftsbeschluss vom September noch überprüfen und mit den Interessenvertretern sprechen wollte, ob sie ihm »die wenige Zeit, wenige Monate, konzedieren, über eine Umnutzung, vielleicht auch bauliche Änderung bei Billwerder nachzudenken«.

Hingegen habe die grundsätzliche Entscheidung – so hieß es jetzt – überhaupt nicht zur Disposition gestanden: »An der Festlegung der Bürgerschaft, an der die CDU einstimmig mitgewirkt hat, dass auf dem Gelände der Anstalt XII der Strafvollzug beendet wird, hat sich überhaupt nichts geändert und war auch nichts zu ändern. Selbstverständlich wird hier, wie die Bürgerschaft beschlossen hat, der Strafvollzug beendet und die ganze Anlage hier dem Gedenken und Erinnern zugeführt, wie es in der Bürgerschaft festgelegt war.« Senator Kusch gestand ein, dass die aufgrund »einer nicht ganz glücklichen Pressearbeit« entstandenen Irritationen dem Senat selbst zuzuschreiben seien – er sprach in diesem Zusammenhang von »Anfängerfehlern«.

Da die Umplanungen bei dem im Bau befindlichen Gefängnis in Billwerder – gedacht ist an verstärkte Sicherheitsvorkehrungen und eine Erhöhung der Belegungszahl – zu einer Verschiebung des ursprünglich geplanten Verlagerungstermins um einige Monate führen könnten, bot der Senat als Ausgleich für die Zumutung einer weiteren Verzögerung folgende drei Modifizierungen des ursprünglichen Konzepts an:

1.) Die definitive Zusage, die JVA XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 aufzugeben (der Bürgerschaftsbeschluss vom 5.9.2001 sah die Verlagerung für »Anfang 2003« vor).

2.) Da der Senat darum wisse, dass insbesondere für die ehemaligen Häftlinge »jeder Tag wichtig sein kann«, soll der von der JVA XII genutzte frühere Appellplatz schon im Laufe des Frühjahres 2002 hergerichtet werden und anschließend den Besuchern der Gedenkstätte – bei laufendem Gefängnisbetrieb – jeden Vormittag und am Wochenende zur Verfügung stehen.

3.) Die gesamte Neugestaltung der Gedenkstätte werde anderthalb Jahre schneller als ursprünglich beabsichtigt realisiert, damit das geplante Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum am historischen Ort des ehemaligen Häftlingslagers zum 60. Jahrestages der Befreiung am 5. Mai 2005 eingeweiht werden könne.

Senator Kusch sagte außerdem zu, dass der Senat unabhängig vom Verhandlungsergebnis – »nicht als Gegenleistung«, sondern als Zeichen seines »Betroffenseins« – die vom Strafvollzug genutzten ehemaligen SS-Garagen und Werkstätten noch innerhalb der nächsten Wochen komplett räumen werde, da er die 1995 erfolgte Unterbringung der für die Sicherheit in allen Hamburger Anstalten verantwortlichen »Revisionsgruppe« mit ihren Rauschgiftspürhunden an diesem Ort unmittelbar zu beenden wünsche.

Die Gesprächspartner machten ihre Zustimmung zu den Vorschlägen von einer schriftlichen Bestätigung des Terminplans durch den Senat abhängig. In den Medien wurde der »Sinneswandel der Hamburger Koalition« mit Erleichterung quittiert. Das »Hamburger Abendblatt« sah den neuen Senat nunmehr auf dem richtigen Weg: »Der Senat hat den möglichen Aufschub als Bitte formuliert, die nur erfüllt werden soll, wenn alle Opferverbände sie akzeptieren. Damit vermeidet er eine neue Konfrontation, denn er belässt den ehemaligen KZ-Häftlingen die Freiheit der Entscheidung. Dies ist der richtige Weg, um zu einer endgültigen Lösung zu kommen.«

Am 23. November, zwei Tage nach der Begehung, bekräftigte Bürgermeister von Beust bei einem Empfang im Hamburger Rathaus für Vertreter der Generalversammlung der Amicale Internationale die Absicht des neuen Senats, an der Gefängnisverlagerung und an den Plänen zum Gedenkstättenausbau festzuhalten. Der Bürgermeister verband seine Bitte um Zustimmung zu den neuen Vorschlägen des Senats mit einer Entschuldigung für die Verletzung der Gefühle der Betroffenen durch die Irritationen der vergangenen Wochen.

Wie vom Justizsenator angekündigt, wurde am 12. Dezember 2001 der frühere SS-Garagenhof vom Strafvollzug geräumt. Hier sollen in den nächsten Monaten Arbeitsplätze für die Ausstellungsvorbereitung und für die pädagogische Abteilung sowie – durch einen modernen Stahl-Glaseinbau in den weitgehend im Originalzustand erhaltenen großen Garagen – ca. 500 qm Raum für den zukünftigen Ausstellungsbereich zu den Funktionsmechanismen des KZ-Terrors und den Täterbiographien geschaffen werden.

Die weiteren Schritte erfolgten ebenfalls ohne Zeitverzug: Mit dem Bundesbeauftragten für Kultur wurde über die veränderten Finanzierungsraten Einigung hergestellt (aufgrund des veränderten Zeitplans werden die Zuwendungen des Bundes früher erforderlich), so dass bereits zum Jahr 2002 die 50-prozentige Beteiligung des Bundes an den vorgezogenen, teilweise auch zusätzlichen Baumaßnahmen in Höhe von 2,5 Millionen Euro gewährleistet ist. Im Dezember leitete der Senat seine Vorschläge den Opferverbänden schriftlich zu, die daraufhin ihre Zustimmung erklärten. Die »Welt«, die sich durch eine besonders engagierte Presseberichterstattung zum Thema auszeichnete, kommentierte: »Das Thema Neuengamme, das Wochen hindurch Aufregung und Proteste verursacht und Hamburgs internationalen Ruf nachhaltig beschädigt hat, kann nun noch vor Ablauf der 100-Tage-Frist als ausgestanden gelten. [...] Der Problemfall Neuengamme war indessen kein Ergebnis unglücklicher Pressearbeit oder ähnlicher Anfängerfehler, sondern das Resultat mangelnder Sensibilität, denn die Koalition kannte das »Diffamierungspotential«, so die unglückliche Formulierung des Bürgermeisters.«

Auch das Richtfest für die neue Justizvollzugsanstalt Billwerder, das am 10. Januar 2002 stattfand, stand noch unter dem Eindruck der Diskussion um die Gefängnisverlagerung in Neuengamme. Justizsenator Kusch, der die veränderten Planungen erläuterte, die aufgrund des Bedarfs eine geschlossene Haftanstalt mit einer höheren Haftplatzkapazität vorsehen, ließ keinen Zweifel daran, dass der Senat eine zügige Fertigstellung und eine möglichst frühzeitige Verlagerung des Neuengammer Gefängnisses anstrebt. Am Rande der Veranstaltung, zu der sehr viel Politprominenz erschien, kam es zu Gesprächen zwischen Hamburgs Zweitem Bürgermeister und Innensenator Ronald Schill und Vertretern von Amicale Internationale und Gedenkstätte.

Fünf Tage später verhandelte der Senat über den neuen Zeit- und Finanzierungsplan für die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Genau ein Vierteljahr

nach dem Bekanntwerden der Absicht, die Pläne zur Schließung des Gefängnisses im ehemaligen KZ Neuengamme aufzugeben, beschloss die neue Hamburger Regierungskoalition, Gefängnisverlagerung und Gedenkstättenausbau auf der Grundlage des langjährig erarbeiteten Konzeptes, aber in kürzerer Zeit durchzuführen. Die Modifizierungen am Zeitplan und am Gestaltungsumfang des ursprünglichen Konzeptes sehen die vorzeitige Herrichtung des ehemaligen SS-Garagenhofes und des früheren Appellplatzes, vor allem aber den um anderthalb Jahre vorgezogenen Abschluss des Gesamtprogramms vor – mit der Zielsetzung, das neue Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum zum 60. Jahrestag der Befreiung am 5. Mai 2005 zu eröffnen. Besonders bemerkenswert ist, dass der Senat die »Garantie« (!) dafür übernimmt, »dass der Betrieb der JVA XII in Neuengamme spätestens zum 30. Juni 2003 beendet wird«. Zur Begründung dieser im politischen Sprachgebrauch außergewöhnlichen Festlegung verweist der Senat darauf, dass er »um die besondere Belastung weiß, die jeder Monat Verzug für die Überlebenden des KZ Neuengamme bedeutet, die in den zurückliegenden Jahren immer wieder die Erfahrung des Aufschubes der historisch längst überfälligen Korrektur machen mussten«.

Um die vorgezogene Neugestaltung realisieren zu können, sieht der Senat für das Haushaltsjahr 2002 zusätzliche Investitions- und Betriebsmittel vor. Letztere werden erforderlich, da die Gedenkstätte einige Gebäude und Flächen früher als geplant für sich in Anspruch nehmen kann und da die beschleunigte Ausstellungsvorbereitung eine Personalverstärkung erfordert. Die Gesamtinvestitionskosten belaufen sich bis zum Jahr 2005 auf 13,7 Millionen Euro, von denen Bund und Land jeweils die Hälfte tragen.

Bereits eine Woche später, am 24. Januar, verhandelte die Bürgerschaft über die Senatsdrucksache. Nach den in den letzten Monaten geführten Debatten verzichtete die Bürgerschaft dieses Mal einvernehmlich auf eine Aussprache. Die Abstimmung im vollbesetzten Plenum zeigte, dass der parteienübergreifende Konsens zum Thema KZ-Gedenkstätte Neuengamme wieder hergestellt ist. Mit den Stimmen aller fünf Fraktionen – SPD, CDU, Schill-Partei, GAL und FDP – verabschiedete die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig die Drucksache.

Nach Wochen der Irritationen und Verunsicherungen, die der Stadt besser erspart geblieben wären, steht am Ende ein überaus positiver Beschluss, der dokumentiert, dass nach langen, schmerzlichen und zuletzt noch einmal heftigen Auseinandersetzungen Hamburg sich zur historischen Verantwortung bekennt, das Erbe des in besonderer Weise mit seiner Geschichte verbundenen Konzentrationslagers Neuengamme annimmt und der über 50-jährigen Schande des Gefängnisbetriebs in ehemaligen KZ-Bauten ein Ende bereitet. Zudem zeigt die parlamentarische Zustimmung nunmehr eine so breite politische Basis, dass Gegner des Projekts keinen Rückhalt mehr finden dürften. Doch es bleibt festzuhalten, dass dieses in erster Linie das Verdienst der Amicale Internationale, der KZ-Überlebenden, der Familienangehörigen, der zahlreichen Unterstützer aus dem Ausland, aber auch der unzähligen Engagierten im eigenen Land und in Hamburg ist. Unverzichtbar war auch der Beitrag der Medien und die Solidarität anderer Gedenkstätten. Dafür sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Dr. Detlef Garbe
leitet seit 1989 die
KZ-Gedenkstätte
Neuengamme.

Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

NEUE DAUERAUSSTELLUNG

Denise Wesenberg

Geschichte des Ortes

Seit 1943 geriet die berg- und höhlenreiche Vorharzregion um Halberstadt ins Visier verschiedener Dienststellen des Deutschen Reiches, die zunächst nach Höhlen für die Lagerung von Kulturgütern, dann nach Standorten zur Untertage-Verlagerung von Rüstungsindustrie suchten. Die südlich von Halberstadt gelegenen Thekenberge schienen zur Anlage eines unterirdischen Stollensystems besonders geeignet zu sein. Planungsunterlagen des – für die Verlagerung und Steigerung der Flugzeugproduktion zuständigen – Jägerstabes vom Frühjahr 1944 weisen aus, dass zunächst 60 000 Quadratmeter Produktionsfläche geschaffen und von den Junkers-Werken genutzt werden sollten.

Doch baute der Junkers-Konzern nicht selbst. Den verwaltungstechnischen Rahmen dafür bot der Erlass zur Gründung jenes Jägerstabes, in dem es hieß: »Soweit es sich um die Schaffung bombensicherer Fertigungsstätten in größeren Höhlen oder neuen Stollen handelt, zieht der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion den Reichsführer SS für die Durchführung der erforderlichen Baumaßnahmen zu. [...] Der Reichsführer SS überträgt die Durchführung der erforderlichen Baumaßnahmen dem Chef des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamts – SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Pohl – und bestellt als verantwortlichen Leiter den SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Dr. Ing. Kammler. Der Reichsführer SS stellt Schutzhäftlinge in ausreichendem Maße als Hilfskräfte für Bau und Fertigung.«¹

Die Baustelle in den Thekenbergen gehörte zu jenen mehr als 20 Projekten, deren Durchführung dem Kammler-Stab übertragen wurde. Durch die SS erhielt sie die Tarnbezeichnung „B2“, in den Unterlagen des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion wurde sie unter dem Tarnnamen »Malachit« geführt.

Im April 1944 kam eine erste Gruppe »Schutzhäftlinge« aus Buchenwald an der künftigen Baustelle an und wurde in einem beschlagnahmten Gasthof, dem »Landhaus« untergebracht. Durch immer neue Zugänge war es rasch überfüllt, so dass auch eine Feldscheune als provisorische Häftlingsunterkunft hergerichtet wurde. In einer Entfernung von etwa 2 km zur Baustelle entstand dann das Barackenlager »B2« – heute nach dem Nachbarort und einer Hügelkette bekannt als »Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge«.

Bis zum April 1945 wurden in Langenstein-Zwieberge Deportierte aus ganz Europa bei schwerster Arbeit – insbesondere beim Bau der Tunnel – verschlissen. Dabei war die ausgegebene Nahrung so unzureichend, dass die Insassen sich mit Wehmut an Lager zurückerinnerten, die sie zuvor durchlitten hatten. Die »Einrichtung« der Blöcke beschränkte sich in einigen Fällen auf etwas gehäckseltes Stroh am Boden. Kennzeichnend für den Häftlingsalltag in Zwieberge waren darüber hinaus ständige Misshandlungen sowohl durch SS-Leute als auch durch Funktionshäftlinge und Zivilarbeiter.

Die Opfer dieser Behandlung ließ die SS zunächst durch einen Bauern per Pferdefuhrwerk zur Einäscherung in das nahe Quedlinburg bringen. Mehr als 900 Tote aus

Langenstein-Zwieberge wurden dort registriert. Etwa ab März 1945 unterblieben die ohnehin nicht mehr ausreichenden Transporte jedoch. Etwa 1000 Häftlingsleichen wurden etwas außerhalb des Lagers in Massengräbern »bestattet«.

Im Mai 1944 hatte Gruppenführer Kammler während einer Beratung des Jägerstabes verkündet, die »B-Maßnahmen« – also auch die Bauarbeiten in den Thekenbergen – würden »voraussichtlich bis Ende des Jahres« abgeschlossen.² Der in Langenstein tätige SS-Baustab scheute kein Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Dennoch war das Stollensystem im April 1945, als amerikanische Truppen auf Halberstadt vorstießen, lediglich zu etwa 60% fertig gestellt. Einen Teil der bezugsfertigen Fläche hatte das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion per Erlass vom 22.2.1945 den Bayerischen Motorenwerken Berlin-Spandau zugewiesen, diesen Bescheid jedoch bereits am 7.3.1945 widerrufen.³ Dessen ungeachtet versuchte der BMW-Konzern offenbar, seine Maschinen in den »Malachit«-Stollen unterzubringen. Aus Zittau wurde das Verlagerungsgut der Junkerswerke angeliefert: das dortige Zweigwerk mit dem Tarnnamen »Zittwerke AG« war seinerseits schon das Produkt einer Verlagerungsaktion gewesen. Das Entladen der Waggons hatte im Eilzugtempo zu erfolgen, für die beteiligten Häftlinge war es mit unsäglichen Qualen verbunden.

Der 9. April 1945 wurde für etwa 3000 Insassen des KZ Langenstein-Zwieberge zum Tag 1 des außerordentlich opferreichen Todesmarsches. Einzel- und Massengräber markieren die Marschstrecke, die in sechs Kolonnen im Wesentlichen über Quedlinburg, Bitterfeld, Wittenberg und schließlich Coswig führte. Große Verluste erlitt jedoch auch die Gruppe der etwa 1400 Häftlinge, die als Kranke im Barackenlager zurückgeblieben waren. Für die Toten dieser Gruppe und für jene, die noch nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen starben, wurde ein weiteres Massengrab angelegt.

Über den Massengräbern der NS-Zeit konnte – insbesondere aufgrund der Initiative der VVN – bereits 1949 ein Mahnmal eingeweiht werden. 1976 ließ die SED außerhalb des ehemaligen Lagergeländes ein »Funktionsgebäude« errichten, das unter anderem eine kleine Ausstellung zur Geschichte des KZ beherbergte.

In den Jahren 1995 – 2001 wurde dieses Gebäude durch den jetzigen Träger der Gedenkstätte, das Land Sachsen-Anhalt, umgebaut und saniert. Es entstand insbesondere eine deutlich vergrößerte Ausstellungsfläche. Zugleich hatten Forschungsarbeiten begonnen mit dem Ziel, die Geschichte des Ortes genauer dokumentieren zu können, als dies bisher möglich war.

Die Forschungsergebnisse bildeten schließlich die inhaltliche Grundlage für die Konzeption der neuen Dauerausstellung, die seit November 2001 der Öffentlichkeit zugänglich ist. Sie umfasst u.a. 40 Thementafeln, eine Hör- und vier Monitorstationen, 11 frei schwebende Vitrinen und ein Glasmodul zur symbolischen Darstellung der »Häftlingsgesellschaft«.

Die Gestaltung der neuen Dauerausstellung

Bedingt durch die reizvolle Landschaft des Vorharzes wird die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge nicht nur von zielgerichteten Einzel- und Gruppenbesuchern aufgesucht: Häufig entdecken beispielsweise Radwanderer ein Stollenmundloch oder das Ausstellungsgebäude eher zufällig und sind dann daran interessiert, sich über die Zusammenhänge



Aufnahme des
KZ-Außenlagers
Langenstein-Zwieberge,
rechts: KZ-Gelände kurz
nach der Befreiung
Foto: Amerikan. Armee-
fotograf, Sammlung
der Gedenkstätte
Langenstein-Zwieberge

zu informieren. Daher schien es geboten, einen Ort zu schaffen, der Ankommende zunächst gedanklich auf die Ausstellung einstimmt. Diese Aufgabe übernimmt ein Foyerbereich, der mit großformatigen Landschaftsfotos der Umgebung das »Draußen« in das Gebäude holt, um dann durch weitere Bilder – vom Stollenmundloch über den Plan eines Tunnelsystems bis zur Darstellung ausgemergelter Häftlinge – für die Problematik der unterirdischen Verlagerung und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen zu sensibilisieren.

Zur Darstellung der nationalsozialistischen Machtübernahme gibt es nach Auffassung der Organisatoren andere, geeignetere Orte als die Gedenkstätte. Daher setzt die Ausstellung dort ein, wo die unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie – und die Entstehung von Konzentrationslagern bei Verlagerungsbaustellen – ihren unmittelbaren Ausgang nimmt: Bei der nationalsozialistischen Luftrüstung und bei den Folgen des Luftkrieges über Deutschland. Dargestellt werden diese Themen vor allem am Beispiel der Junkers-Werke und der Krupp-Gruson-Werke, da beide Konzerne bei der Verlagerung im Raum Langenstein eine wesentliche Rolle spielten.

Diese enge Verknüpfung zwischen Lokalgeschehen und allgemeiner Geschichte stellt ein tragendes Prinzip der Gestaltung dar. So wird beispielsweise auch auf den Tafeln, die die Entscheidungsträger der Untertageverlagerung vorstellen, immer wieder darauf Bezug genommen, welche Auswirkungen die Anordnungen dieser Gremien für die Vorgänge in Langenstein hatten.

Eine straffe Besucherführung ist nicht vorgesehen. Statt dessen werden die Besucher bereits vor Betreten des Ausstellungssaales eingeladen, sich mittels eines Faltblattes über die Platzierung der einzelnen Themenschwerpunkte im Raum zu informieren und bewusst zu entscheiden, welchen Inhalten sie sich in welcher Reihenfolge zuwenden und wie viel Zeit sie dafür aufbringen möchten.

Ziel der Organisatoren war es, eine Ausstellung zu etablieren, die keine »fertigen Wahrheiten« anbietet, sondern zur gedanklichen Auseinandersetzung auffordert und zur Mitarbeit einlädt. Dem geschuldet dominieren faksimilierte Originalquellen und Zitate aus Zeitzeugenberichten, die von wenigen strukturierenden Hilfen begleitet werden. Solche Hilfen sind beispielsweise die sogenannten »Leittexte«, die mit jeweils wenigen Sätzen an die verschiedenen Themen heranzuführen. Sie sind auch dem Faltblatt zu entnehmen.

Kenntnislücken in der historischen Forschung können einem Mangel an Überlieferung, aber auch der Tatsache geschuldet sein, dass einander widersprechende Quellen vorliegen. Beide Phänomene wurden bei der Gestaltung der Ausstellung als Chance begriffen, bei den Besuchern Nachdenken und Nachfragen zu provozieren. Daher wurden Möglichkeiten gesucht, »weiße Flecken« in der Lagergeschichte hervorzukehren und einander widersprechende Quellen kontrastiv einzusetzen.

Kontrastiv gegenübergestellt werden häufig präskriptive und deskriptive Quellen: So stehen offiziellen Verlautbarungen zur Geheimhaltung aller mit der Verlagerung in Zusammenhang stehenden Vorgänge solche Dokumente gegenüber, aus denen hervorgeht, wie viele Zivilangestellte mit den Abläufen vertraut waren und wie gut auch die Alliierten über Details der Verlagerungsplanung Bescheid wussten.

Themenschwerpunkte der Ausstellung

U-Verlagerung und Baustelle »Malachit«

Im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen spielte die Luftrüstung eine große Rolle. Zur Fortführung des Krieges war der NS-Staat auf die Erzeugnisse der Flugzeug- und Motorenbauwerke angewiesen. Die zielgerichteten alliierten Luftangriffe führten jedoch gerade bei diesen zunehmend zu schweren Beeinträchtigungen im Produktionsprozess. Ein hektisches Bemühen um Regulierung der Schäden und um schnelle Verlagerung der gefährdeten Firmen in bombensichere Räume setzte ein und stärkte die Machtposition jener Kräfte, die für deren Organisation verantwortlich waren, insbesondere die des SS-Führers Hans Kammler.

Ohne grundlegende Kenntnisse über diese Zusammenhänge bleibt die Existenz des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge unverständlich, ein »Spuk«, der die Menschheit unvermittelt getroffen hat. Deshalb war es ein wichtiges Anliegen der Organisatoren, die Planung der unterirdischen Verlagerung in die Darstellung einzubeziehen und die entscheidungstragenden Personen und Institutionen vorzustellen, soweit der Forschungsstand dies zuließ. So findet der Besucher Informationen sowohl über das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion als auch über Kammler- und Jägerstab. Mit Sachkenntnis und Akribie verfügten gerade die Angehörigen dieses Stabes in einem Atemzug über die »Verwendung« von Tarnmatten und »KZ-Juden«. Einen Eindruck von der Arbeitsweise des Stabes vermittelt eine Hörstation, für die Auszüge aus seinen Schnellberichten behutsam szenisch bearbeitet wurden.

Parallel zu jenen Thementafeln, die die Planung der Untertageverlagerung auf höchster Ebene nachvollziehen, sind jene Aufsteller platziert, auf denen die Entstehung des »Malachit«-Stollensystems nachgezeichnet wird. Dabei werden in Gestalt der beiden vor Ort tätigen Baustäbe – des SS-Baustabes Lübeck und des Baustabes Heese – zugleich wesentliche lokale Entscheidungsträger vorgestellt. Es zeigt sich, dass insbesondere die Person des Architekten Klaus Heese sich einfachen Deutungsmustern entzieht. Heese, der zunächst freischaffend tätig gewesen war, hatte sich bei mehreren Bauvorhaben der Luftwaffe und der SS hervorgetan und konnte sich und seiner Familie dadurch offenbar einen vergleichsweise angenehmen Lebensstil sichern. Andererseits nutzte er seine Position, um Fachkräfte jüdischer Abstammung illegal zu beschäftigen und so vor der Deportation zu bewahren.



3D-Animationen des
KZ-Außenlagers
Langenstein-Zwieberge
rechts: Gelände
links: »Landhaus«
Beide Abbildungen:
Armin Ochs, Veit Jäger

Ein Landschaft verändert ihr Gesicht

Diese Tafelgruppe thematisiert die schrittweise Umgestaltung der landwirtschaftlich geprägten Gegend, die Errichtung verschiedener Anlagen für die industrielle Produktion und der einzelnen Abschnitte des KZ. Zugleich wird der Versuch unternommen, in einer Gesamtschau auch das Kriegsende und den frühen Umgang mit den Hinterlassenschaften des Lagers in den Blick zu bekommen. Das vorläufige Ende der Betrachtungen bildet ein Zitat aus dem Aktenbestand der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn. Die Bahn hatte das Anschlussgleis zur Baustelle betrieben und war bis 1947 bestrebt gewesen, damit im Zusammenhang stehende Schulden einzutreiben. Ihr Fazit: »Die Angelegenheit kann mit dem erfolgten Abbau des Anschlussgleises [...] als erledigt betrachtet werden«⁴ steht stellvertretend für das Bestreben vieler Seiten, die Vergangenheit demonstrativ ruhen zu lassen. Abgebaute Miniaturschienen auf den Tafeln und das Zitat selbst stellen eine der vorgesehenen »Störungen« dar, mit denen die Gestalter das Ziel verfolgen, gewohnte Sehweisen in Frage zu stellen und zum Weiterdenken anzuregen.

Im Zentrum: Darstellung des Häftlingsalltages und 3D-Modell

Im Zentrum des Ausstellungssaales ziehen zunächst Objekte in frei schwebenden Vitrinen die Aufmerksamkeit auf sich. Allen voran laden zwei unterschiedliche Häftlingsschuhe – eine leichte Holzpantine mit rund gelaufener Sohle und ein gefütterter hoher Schuh – zum Vermuten und Nachfragen ein: Wer mag der Träger gewesen sein? Weshalb waren gleichzeitig gefütterte hohe Schuhe und Holzpantinen mit nur dünnem Oberleder in Gebrauch? Eine massive Porzellantasse gibt sich erst auf den zweiten Blick als ein für die SS gefertigtes Stück zu erkennen.

Als besonders aussagekräftig erweist sich ein unscheinbares Stück Papier: Einer der Häftlinge, der italienische Wissenschaftler Alberto Berti, hatte auf diesem ausgerissenen Stück Zementsack die Sterbedaten seiner Landsleute notiert, darunter auch das des Jugendlichen Attilio Pozzer.⁵ Dessen Totenschein auf einer Thementafel zeigt, wie genau Berti die Daten erfasst hatte.

Das erforderliche Wissen um Bedeutung und Verwendung der gezeigten Gebrauchsgegenstände und Dokumente vermitteln die jeweils umstehenden Tafeln. Das tägliche Grauen im Lager und an den Arbeitsplätzen lässt sich aus den Quellen der Lagerver-

waltung nur sehr bedingt erschließen. Deshalb dominieren in diesem Bereich Zitate überlebender Häftlinge. Neben kollektiven Erfahrungen treten dabei auch höchst individuelle Erlebnisse hervor: der persönliche Kult um die tägliche Brotration, die Schuldgefühle gegenüber dem noch schwächeren Arbeitskameraden, dem die größten Steine zum Tragen übrig blieben. Dort, wo die gleichen Ereignisse von verschiedenen Personen unterschiedlich erlebt und gewertet wurden, kommt das Prinzip des kontrastiven Quelleneinsatzes zum Tragen. Insbesondere die Differenzen zwischen Selbst- und Fremddarstellung von Funktionshäftlingen lassen dabei auch Fragen nach der inneren Struktur jener Zwangsgemeinschaft und nach den Mechanismen des Sich-erinnern-Könnens und Sich-erinnern-Wollens aufkommen.

Auf weiteren Tafeln bilden Aussagen ehemaliger Zivilarbeiter und eines volksdeutschen SS-Aufsehers aus Jugoslawien über ihren Arbeitsalltag das Geschehen aus einer anderen Perspektive ab. Dennoch sind es vor allem die Reflexionen der ehemaligen Häftlinge, die verdeutlichen: »den« SS-Mann, »den« Zivilarbeiter und »die« guten Kameraden hat es nicht gegeben. Die »Fronten« zwischen »gut« und »böse« verliefen, so wird klar, immer wieder anders, als gemeinhin angenommen, und nicht selten mittig durch einen Menschen.

An einer Medienstation besteht die Möglichkeit, sich mittels eines 3D-Modells über räumliche Lage und Größe des Barackenlagers sowie der im Zusammenhang mit dem KZ stehenden Geländepunkte »Landhaus«, »Feldscheune« und Stolleneingang zu orientieren.

Der Einsatz der Animation stellt in vielerlei Hinsicht ein Experiment dar, bei dem auf reflektierte Erfahrungen im Umgang mit den Medien im gegebenen Kontext kaum zurückgegriffen werden konnte. Dass die Entscheidung dennoch zugunsten dieser Modell-Variante fiel, hatte seine Begründung vor allem in der bereits beschriebenen räumlichen Trennung der mit der Geschichte des KZ verbundenen Geländepunkte sowie im fast völligen Fehlen baulicher Überreste des Barackenlagers.

So wurde eine Darstellungsform gesucht, die es den Besuchern ermöglicht, sich in Vorbereitung einer eigenen Geländebegehung umfassend zu orientieren, und die zugleich in der Lage ist, die von den Häftlingen zurückgelegten Wege darzustellen. Die erheblichen Höhenunterschiede, deren Überwindung von den Lagerinsassen als zermürend empfunden wurde, sollten dabei nicht durch die Draufsicht auf ein Modell nivelliert werden.

Der konzeptionelle Ansatz, Kenntnislücken hervorzukehren, statt sie zu verdecken, bestimmte auch die Gestaltung des Modells. Strukturen und Objekte, die durch die Auswertung historischer Luftbilder und die Aussagen Überlebender nicht näher spezifizierbar waren, sind als blass-graue Flecken deutlich erkennbar. Insofern erwies sich das Bemühen um Visualisierung gewissermaßen auch als »Zwischenprüfung« für die Forschung. Darüber hinaus waren sich jedoch alle an der Herstellung Beteiligten darin einig, dass auch im Hinblick auf gut erforschte Gebäude und Geländepunkte eine naturnahe oder gar fotorealistische Darstellungsform dem Anliegen nicht angemessen und daher abzulehnen sei.

Zusätzlich zu den Bildinformationen des Modells werden den Besuchern Aussagen Überlebender in Originalton mit Untertiteln angeboten, in denen diese ihre Erinnerungen an bestimmte Geländepunkte wiedergeben. Für die pädagogische Arbeit mit Gruppen kann das Modell – ohne Ton – im Seminarraum eingesetzt und für Erläuterungen jederzeit gestoppt werden.

Themenschwerpunkte April 1945 und Nachkriegsgeschichte

Die Situation vor der Räumung des Lagers, in der die Eingekerkerten fürchten mussten, von der SS im Stollen eingesprenzt zu werden, wird auf einer Tafel thematisiert. Der Todesmarsch selbst, der ja ein Prozess war, ließ sich jedoch am angemessensten in einer DVD-Dokumentation darstellen. Die Marschrouten der Kolonnen erscheinen auf dem Bildschirm als laufende Linien, ein Kilometerzähler verdeutlicht, welche Entfernung bereits zurückgelegt wurde. Als Bild-Ton-Sequenz oder im Originalton mit Untertiteln sind auch hier ehemalige Häftlinge zu sehen bzw. zu hören. Ihre Schilderungen sind außerordentlich ergreifend. So erinnert sich Paul le Goupil an einen geschwächten Kameraden, der sich einen Teil des Weges auf seinen Arm gestützt hatte, dann jedoch das Tempo nicht mehr mithalten konnte. Weil es sich um einen Kriegsgefangenen handelte, erklärten sich die Begleitposten damit einverstanden, dass er in einem der Häuser am Straßenrand zurückgelassen würde. Die Bewohner waren jedoch nicht bereit, den Kranken aufzunehmen. Schließlich wurde der Kamerad erschossen.

Eine weitere Tafel zeigt die Außensicht der amerikanischen Truppen und des Langensteiner Ortspfarrers auf das von der SS verlassene Lager. Übereinstimmend beschreiben die Zeugen ein unvorstellbares Durcheinander, bestehend aus noch Lebenden und schon Toten, katastrophalen hygienischen Bedingungen, Mangel an allem Lebensnotwendigen.

Ein anlässlich des Besuches des amerikanischen Generals Mc Lain im April 1945 gedrehter Film unterstreicht diese Aussagen auf eindrucksvolle Weise.

In 56 Jahren Nachkriegsgeschichte wurde der authentische Ort des Lagers vielfach verändert. Der Entfernung der Baracken folgten gestalterische Eingriffe im Zusammenhang mit der Errichtung der Mahnmale, Natur eroberte Territorium zurück. Den Blick für diesen Wandel zu schärfen ist Anliegen einer Fotodokumentation innerhalb des Themenschwerpunktes Nachkriegsgeschichte. Hier finden die Besucher auch Informationen über den Umgang mit dem Stollensystem, beispielsweise über die militärische Nutzung durch die Nationale Volksarmee. Sie führte dazu, dass die Thekenberge wiederum zum Sperrgebiet und die Bewohner der umliegenden Ortschaften per definitionem zu »Geheimnisträgern« wurden. Den ehemaligen Häftlingen war es bis 1989 nicht möglich, die Stollen noch einmal zu betreten. Schlaglichtartig beleuchtet werden auch die Geschichte der Gedenkstätte und die Strafverfolgung der Täter von Langenstein-Zwieberge, doch bleibt hier für die Forschung noch viel zu tun.

Einladung zur Mitwirkung

Video-Infothek

Für die Video-Infothek, auf die die Besucher an einer Monitorstation individuell zugreifen können, wurden die Aussagen ehemaliger Häftlinge zu verschiedenen Themen digital aufbereitet und zu Kurzfilmen gebündelt. Eine Erweiterung des Angebotes wird angestrebt und soll vor allem in Zusammenarbeit mit Familienangehörigen und Freunden von Überlebenden realisiert werden.

Der »Trichter«

Die Erinnerung an das Leid der Opfer wach zu halten, ist eine der zentralen Aufgaben der Gedenkstätte. Sie kann ihr am besten gerecht werden, wenn sie es schafft, die

Anonymität des Lageralltags – und oft auch der Überlieferung – aufzubrechen und hinter gestreifter Kluft und Häftlingsnummern Menschen mit ganz individuellen Zügen sichtbar zu machen. Dies zu tun bedeutet zugleich, den Opfern ein Stück Würde zurückzugeben.

Vor dieser Aufgabe stehen jedoch nicht nur Historikern und Gedenkstättenpädagogen. Gerade interessierte Besucher können durch ihre Arbeit zur Umsetzung dieses Anliegens beitragen. Diesem Gedanken ist der »Trichter« verpflichtet – ein langgestreckter Glaskörper, der, mit Notizen und Dokumenten zu möglichst jedem einzelnen Häftling gefüllt – die Lagergesellschaft symbolisieren soll. Gestalterisch wird mit dem »Trichter« Tucholskys Gedanke des »Menschentrichters« aufgegriffen, der, obgleich in einem anderen Zusammenhang gedacht, die Verhältnisse im Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge überaus zutreffend beschreibt.

Von außen ergibt sich ein Blick auf die Äußerlichkeiten der Häftlingsgesellschaft: Nummern und farbige Winkel sowie Nationalitätenkürzel sind erkennbar. Das leicht schräg hängende Objekt erlaubt jedoch, Materialien herauszugreifen und sich genauer mit Einzelschicksalen zu beschäftigen. Dabei »verschiebt« sich das Bild – der Blick auf andere Inhalte wird freigegeben.

Auch bei der Gestaltung dieses Ausstellungsbestandteiles stand die Überlegung Pate, dass Abstraktes, wie etwa die Kategorisierung von Häftlingen, am besten zu begreifen und am zuverlässigsten zu hinterfragen ist, wenn es mit konkreten Schicksalen verbunden wird.

Die zu leistende Arbeit besteht nun zunächst darin, das in der Gedenkstätte vorhandene Material – Videointerviews, Briefwechsel mit Überlebenden und Angehörigen von Opfern sowie Unterlagen der Lagerverwaltung – auf relevante Fakten zu einzelnen Häftlingen durchzusehen und für den »Trichter« aufzubereiten, wobei es insbesondere darauf ankommt, den genannten Quellen Angaben zu »entlocken«, die Rückschlüsse auf individuelle Überzeugungen, Hoffnungen und Interessen zulassen. In einem weiteren Schritt könnten dann – beispielsweise im Rahmen von Projekten – darüber hinausgehende Informationen zu Einzelpersonlichkeiten eingeholt werden.

Dabei ist bereits abzusehen, dass es nicht möglich sein wird, über jeden Gefangenen gesicherte Informationen zu erlangen. Doch das Ziel, einen Prozess in Gang zu setzen und zu halten, bei dem heutige Gedenkstättenbesucher handelnd lernen und zugleich durch ihre Arbeit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass nach ihnen Kommende sich ein noch konkreteres Bild von der Geschichte des Lagers machen können, muss deshalb nicht aufgegeben werden.

Die Ausstellung ist während der Öffnungszeiten der Gedenkstätte ständig zu besichtigen.

Öffnungszeiten Montag – Freitag, 9 – 15.30 Uhr

Öffnungszeiten Wochenende (April – September) 14 – 17 Uhr

(Oktober – März) 14–16 Uhr sowie nach Vereinbarung

Telefon/Fax: 039 41/30 248

Anmerkungen

1 Hier zitiert nach dem Erlass des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches und Beauftragten für den Vierjahresplan vom 4.3.1944, BA Berlin, R 3101 alt R7/1173.

2 Vergl. Schnellbericht vom 26.5.1944 in BA Berlin R3/1756.

3 BA R7 / 31172.

4 LHA Magdeburg, Rep G5, Klb, Nr. 455.

5 Schreibweisen differieren.

EINLADUNG UND PROGRAMM

Bayerische Landeszentrale für politische Bildung
Bundeszentrale für politische Bildung
KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Stiftung Topographie des Terrors

Sammeln, Bewahren und Dokumentieren als Grundlage für politische Bildungsarbeit in Gedenkstätten

38. bundesweites Gedenkstättenseminar in Flossenbürg

Tagungsort Jugendgästehaus Stützelvilla
 Bahnhofstraße 29
 92670 Windischeschenbach

Tagungsleitung *Werner Karg* (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)
 Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)
 Ulrike Puvogel (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn)
 Jörg Skriebeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)

Programm

Sonntag 29. September 2002

bis 18 Uhr Anreise nach Windischeschenbach, Zimmerverteilung
18 Uhr Uhr Abendessen
19.30 Uhr Begrüßung durch Andreas Meyer, Bürgermeister von Windischeschenbach
 Vorstellung des Programms

Vortrag: »Authentische Orte«.
Zur Konjunktur eines problematischen Begriffs in der Gedenkstättenarbeit
Prof. Dr. Detlef Hoffmann (Universität Oldenburg)

Anschließend teilnehmende Beobachtung zum Realwirtschaftenbesuch in Bayern

Montag 30. September 2002

- 9 Uhr Abfahrt in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
- 9.30 Uhr Begrüßung durch Johann Kick, Bürgermeister von Flossenbürg
Thematische Rundgänge durch die Gedenkstätte
A Gedenkstattengeschichte. Zwischen christlichem Erlösungspfad und authentischem Ort
Jörg Skriebeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)
B Häftlingsbereich, SS-Bereich, Arbeitseinsatzbereich. Zur funktionalen Struktur des früheren KZ und der heutigen Geländennutzung
Pfarrer Karlhermann Schötz (Evang. Pfarramt Flossenbürg)
C Archäologie in der Gedenkstättenarbeit
Johannes Ibel (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)
- 12 Uhr Mittagessen in Flossenbürg
- 14 Uhr Arbeitsgruppen
Ort: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
A Bauliche, landschaftsgestalterische und bildungspolitische Überlegungen zur Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Präsentation: *Elisabeth Bücherl-Beer* (Staatl. Hochbauamt Weiden)
Leitung: *Dr. Detlef Garbe* (KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg)
B Kommunalpolitik unter dem Stigma des Konzentrationslagers
Referent: *Bürgermeister a.D. Johann Werner* (Flossenbürg)
Leitung: *Wulff E. Brebeck* (Kreismuseum Wewelsburg, Kr. Paderborn)
C Digitale Dokumentation, Inventarisierung und Konservierung archäologischer Funde
Präsentation: *Dr. Silvia Codreanu-Windauer* (Landesamt für Denkmalpflege, Regensburg), *Martin Schaich* (Firma ArcTron, Regensburg), *Ronald Hirte* (Gedenkstätte Buchenwald, Weimar)
Leitung: *Prof. Dr. Günter Morsch* (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg)
- 17.30 Uhr Plenum im Rathausaal
Ansätze zur Neukonzeption der Gedenkstätte Flossenbürg –
Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppen
Leitung: *Thomas Lutz* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)
- 19 Uhr Abfahrt nach Neustadt a.d. Waldnaab
- 19.30 Uhr Empfang durch Simon Wittmann, Landrat des Kreises Neustadt a.d. Waldnaab

Dienstag 1. Oktober 2002

9 Uhr Arbeitsgruppen

Ort: Tagungshaus in Windischeschenbach

A Textilien als Quellen der Erinnerung und Dokumente der Geschichte: Textile Realien
Referentinnen: *Dr. Bärbel Schmidt* (Universität Dortmund)

Monika Knop (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg)

Leitung: *Prof. Dr. Günter Morsch* (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg)

B Konzeptionelle Symbolisierungen in Freigeländen und Ausstellungen von
KZ-Gedenkstätten: »Authentischer Ort« versus »Konkurrenz der Zeitschichten«

Referent: *Dr. Kay Kufefe* (Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn)

Leitung: *Rikola-Gunnar Lüttgenau* (Gedenkstätte Buchenwald, Weimar)

C Relikte, Realien, Objekte, Archivalien und Symbole in der

Gedenkstättenpädagogik: Archäologie und Pädagogik

Referentin: *Angelika Meyer* (Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg)

Leitung: *Werner Karg* (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)

D AG der Gedenkstättenbibliothekare/innen:

Ort der AG: KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

9:30 Uhr: Nachlässe in Gedenkstättenbibliotheken

Referentin: *Kathrin Paesch* (Burg)

Leitung: *Margarete Roßmann* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

11:15 Uhr: Die Häftlingsbücherei im KZ Buchenwald

Referentin: *Rosmarie Hofmann* (Gedenkstätte Buchenwald, Weimar)

Leitung: *Margarete Roßmann* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

E AG der Datenbankprojekte in Gedenkstätten – Digitalisierung der WAST-Kartei im
Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation und in KGB-Archiven

Referent: *Dr. Reinhard Otto* (Dokumentationsstätte Stalag 326 (VI K) Senne,
Schloss Holte-Stukenbrock)

Die Dokumentation österreichischer Opfer des Holocaust

Referent: *Dr. Gerhard Ungar* (Dokumentationsarchiv
des österreichischen Widerstands, Wien)

Leitung: *Dr. Robert Sigel* (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit,
München)

12 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Fortführung der Arbeitsgruppen

A Textilien als Quellen der Erinnerung und Dokumente der Geschichte: Textile Realien
Referentinnen: *Dr. Bärbel Schmidt* (Universität Dortmund),

Monika Knop (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg)

Leitung: *Prof. Dr. Günter Morsch* (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Oranienburg)

B Konzeptionelle Symbolisierungen in Freigeländen und

Ausstellungen von KZ-Gedenkstätten: Das Design von Ausstellungen
zur nationalsozialistischen Verfolgung

Referent: *Wieland Schmidt* (Ausstellungsdesigner, Mannheim)

Leitung: *Rikola-Gunnar Lüttgenau* (Gedenkstätte Buchenwald, Weimar)

C Relikte, Realien, Objekte, Archivalien und Symbole in der Gedenkstättenpädagogik: Der Umgang mit Fotografien in der Gedenkstättenpädagogik
Referenten: *Klaus Hesse* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin), *Albert Knoll* (KZ-Gedenkstätte Dachau)
Leitung: *Werner Karg* (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)

D AG der Gedenkstättenbibliothekare/innen:

14 Uhr: Besichtigung der Bibliothek in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und Projektbesprechungen

Ort: Gedenkstätte Flossenbürg

Referentin: *Irmgard Sieder* (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)

Leitung: *Ulrich Tempel* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

E AG der Datenbankprojekte in Gedenkstätten

Die Häftlings- und die Archivdatenbank der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Referenten: *Johannes Ibel*, *Ulrich Fritz* (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg)

Leitung: *Dr. Robert Sigel* (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)

- 16.30 Uhr Podiumsgespräch und Plenumsdiskussion: Reflexionen zum Seminarthema und zu Ergebnissen der Arbeitsgruppen, Seminaarauswertung
Referenten: *Dr. Peter Jahn* (Deutsch-russisches Museum Berlin-Karlshorst), *Dr. Hans Wupper-Tewes* (Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) (angefragt)
Leitung: *Thomas Lutz* (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin)

- 18.30 Uhr Abendessen
individueller Erfahrungsaustausch

Mittwoch 2. Oktober 2002

- 9 Uhr Fahrt zum Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg:
Besuch der Ausstellung »Faszination und Gewalt« und Rundgang durch das Gelände
Leitung: *Alexander Schmidt* (Geschichte für Alle e. V., Nürnberg)

Diskussion der Ausstellung mit dem Projektleiter Hans-Christian Täubrich
(Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, Nürnberg)

- ca. 12.30 Uhr Ausgabe von Lunchpaketen
ca. 13 Uhr Seminarende, Möglichkeit der Rückfahrt ab Nürnberg Hauptbahnhof
ca. 15 Uhr Uhr Rückkehr der Busse nach Windischeschenbach

Anmeldeformular

KZ-Gedenkstätte Flossenbürg

Gedächtnisallee 5–7, 92696 Flossenbürg, Fax: 096 03/92 19 90

E-Mail: information@gedenkstaette-flossenbuerg.de

Anmeldeschluss 6. September 2003

Verbindliche Anmeldung zum 38. bundesweiten Gedenkstättenseminar

»Sammeln, Bewahren und Dokumentieren als Grundlage

für politische Bildungsarbeit in Gedenkstätten«

29. September – 2. Oktober 2002 in Flossenbürg und Windischeschenbach

Hiermit melde ich mich zu dem Seminar an (bitte in Blockschrift ausfüllen):

Hinweis zur Bearbeitung der Anmeldung

Nach Eingang der Anmeldung erhalten Sie eine Rechnung von der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg zugesandt. Erst wenn Sie diese Rechnung bezahlt haben, gilt Ihre Teilnahme als bestätigt.

Eine Rückzahlung des Teilnahmebeitrages kann nur erfolgen, wenn Ihre Abmeldung bis zum 9. September 2002 eingegangen ist.

- ☐ Ich bezahle den normalen Beitrag in Höhe von 50,- Euro
- ☐ Ich bitte um Beitragsermäßigung auf 30,- Euro

- ☐ Ich bitte, sofern möglich, um Unterbringung im Einzelzimmer (zzgl. 75,- Euro).
- ☐ Ich bitte um vegetarisches Essen.
- ☐ Ich benötige am 2. Oktober einen Transfer ab 9 Uhr von Windischeschenbach nach Nürnberg.
- ☐ Ich benötige am 2. Oktober einen Transfer ab 13 Uhr von Nürnberg nach Windischeschenbach.

(Zutreffendes bitte oben in den Kästchen ankreuzen oder eintragen.)

Datum

Unterschrift

Die Zukunft der Vergangenheit

KONSERVATIVER GESCHICHTSDISKURS
UND KULTURELLE HEGEMONIE*

Gerd Wiegel

»Man muß nicht germanophob sein, um sich verwundert zu fragen, was eigentlich so normal daran sei, daß eine Nation, die solches Grauen verursacht hat, sobald wieder dermaßen erstarkt ist.«

Moshe Zuckermann anläßlich der Walser-Bubis-Debatte¹

»Normalität«, so heißt wohl eines der am meisten gebrauchten Schlagworte nach der unerwarteten Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990, und verbunden mit diesem Begriff ist der Anspruch nach einer tiefgreifenden Veränderung im Selbstverständnis der Bundesrepublik. Aber auch denen, die dieser neuen »Normalität« das Wort reden, ist bewußt, daß sich etwas gegen diese »Normalität« sperrt, daß die einfache Behauptung von ihr, sie noch nicht zur akzeptierten Realität macht. So fragt Martin Walser in seiner Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1998: »Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein normales Volk, eine gewöhnliche Gesellschaft?«² Geschichte und Vergangenheit des Faschismus sind es, die sich gegen diese »Normalität« sperren, und die Auseinandersetzung um die Rolle und Bedeutung dieser Vergangenheit heute ist es, die den Kern der Debatte um die »Normalität« ausmacht.

Die Philologin Aleida Assmann untersucht in einer Arbeit zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945 die unterschiedlichen Bedeutungsebenen des Normalitätsbegriffs.³ Normalität verstanden als Gegensatz zu positiver wie negativer Besonderung verdeutlicht schon die inhaltliche Spannbreite, die der Wunsch nach Normalität enthalten kann. Bezogen auf die deutsche Geschichte und die Auseinandersetzung mit ihr nach 1945 werden diese verschiedenen Normalitätsinhalte deutlich: Normalität bedeutet hier zunächst den Abschied von der rassistisch begründeten Herausgehobenheit des deutschen Volkes, Normalität bedeutet weiter den Abschied von einem deutschen Sonderweg aber auch die Wiedererlangung staatlicher Souveränität, das Ende von Besatzung und politischer Beschränkung. Die Inhalte des Normalitätsbegriffs sind also wandelbar und haben sich im Laufe der Zeit verändert, jedoch besitzen sie, wie mir scheint, immer einen gemeinsamen Bezugspunkt: den deutschen Faschismus. Dieser wird nicht dem Normalitätsfeld zugeschlagen, sondern stellt gerade jene Besonderung dar, der man entkommen will. Das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik in all seinen Wandlungen stand und steht bis heute in einem engen Zusammenhang mit der faschistischen Vergangenheit. Wenn das Bedürfnis nach Normalität, nach dem Ende einer positiven wie negativen Besonderung ein zentrales Moment im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik ist, dann ist die NS-Vergangenheit der Punkt, an dem sich diese Normalität messen lassen muß. Werden Westbindung und Überwindung des deutschen Sonderwegs zum Inhalt dieser Normalität, dann läßt sich dies mit der Erfahrung des Faschismus und seiner historischen Herleitung begründen. Die kultur-

politische Durchsetzung und Absicherung der politischen Westbindung läßt sich auf die sechziger Jahre datieren und hängt mit dem politischen Aufbruch dieser Zeit zusammen. Die Auseinandersetzung mit und die Absetzung von der NS-Vergangenheit sind die logischen Folgen eines solchen Normalitätsverständnisses, und auch die wissenschaftlichen Fragestellungen an die Vergangenheit entspringen einem solchen Verständnis.

Wie bereits erwähnt ist dieses Normalitätsverständnis jedoch wandelbar und unterliegt den Verschiebungen im politischen Prozeß. Eine solche politische Veränderung im Vergleich zu den sechziger Jahren läßt sich am Ende der siebziger Jahre ausmachen: Allgemein wird in diesem Zusammenhang von einer »konservativen Tendenzwende« gesprochen, die sich politisch mit dem Wechsel von der sozialliberalen zur konservativ-liberalen Koalition (1982) manifestierte. Bezüglich des Normalitätsdiskurses läßt sich hier ebenfalls eine Verschiebung beobachten: Die Frage der Nation und der nationalen Identität rückte jetzt in den Mittelpunkt dieses Diskurses, der sich jedoch ebenfalls vor dem Hintergrund der faschistischen Vergangenheit bewähren mußte. Daß dieser Schritt, die Normalisierung der Renationalisierung bei gleichzeitiger Abgrenzung von der Vergangenheit, sehr viel schwerer zu vollziehen war, lag auf der Hand. Zu deutlich war der Begriff der Nation mit der Hypostasierung derselben durch die Nazis verbunden, zu stark auch das Negativbild dieser Vergangenheit. Die NS-Vergangenheit stand also diesem neuen Normalitätsdiskurs, der Renationalisierung, entgegen. Die Absicherung dieses Diskurses bedurfte auch des veränderten Blicks auf die NS-Vergangenheit.

Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre der geschichtspolitischen⁴ Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, dann lassen sich verschiedene Etappen und Richtungen ausmachen, die sich sicherlich nicht unter einem politischen Etikett sammeln lassen. Noch problematischer wird diese politische Zuordnung, wenn man neben den öffentlichen Geschichtsdebatten auch die wissenschaftlichen Kontroversen der NS-Forschung berücksichtigen will. Dennoch ist es sowohl legitim als auch möglich, neben der inhaltlichen Analyse solcher Forschungen auch ihren politischen Standpunkt zu benennen. Besonders erhellend ist in diesem Zusammenhang die Verbindung zwischen öffentlichen Geschichtsdebatten und der wissenschaftlichen Forschung zum Thema. Wissenschaft findet nicht im luftleeren Raum statt, ist somit den politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen ausgesetzt, gerade wenn diese, wie in diesem Fall, das Thema der Wissenschaft, die nationalsozialistische Vergangenheit, berühren. Es ist also die Verbindung und Wechselwirkung von öffentlichen und wissenschaftlichen Debatten, die Aufschluß über die Veränderungen in der Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Bundesrepublik erbringt. Geschichtspolitische Debatten, wissenschaftliche wie öffentliche, werden dabei von mir als Kampffelder um kulturelle Hegemonie, um Deutungshoheit verstanden.⁵

Vor dem Hintergrund der sechziger und siebziger Jahre lassen sich die geschichtspolitischen Veränderungen seit den achtziger Jahren als konservative Vorstöße zur Erlangung einer »normalen« historisch fundierten nationalen Identität kennzeichnen. In dieser Beschreibung geht sicherlich nicht die gesamte Debatte seit dieser Zeit auf, sie bezeichnet jedoch einen wichtigen und aktiven Strang der Diskussion, mit dem ein neues Bild der NS-Vergangenheit etabliert werden sollte. Als Stichworte, auf die im folgenden eingegangen wird, seien der Historikerstreit und seine politische Begleitung aus den achtziger Jahren, die Wiederentdeckung der Nation nach der deutsch-deutschen Vereinigung und die mit den Begriffen Historisierung, Modernisierung und NS-Sozial-

politik vorgenommene Neubewertung des Nationalsozialismus genannt. Die sehr intensiven geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre haben dann gezeigt, daß sich die konservativen Vorstöße nicht voll durchsetzen konnten, sich aber dennoch ein gravierender Bedeutungswandel der NS-Vergangenheit für die Gegenwart vollzogen hat. Diese Veränderung und die Gründe hierfür sollen am Schluß behandelt werden.

I. Im April 1986 beschreibt der konservative Historiker Michael Stürmer die Bundesrepublik als geschichtsloses Land, dessen Bewohner auf Orientierungs- und Identitätssuche seien. In einem geschichtslosen Land jedoch gewinne die Zukunft, »wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«⁶ Was wir bei Stürmer hier finden ist das Programm einer konservativen Umdeutung der jüngeren deutschen Vergangenheit.

Für die achtziger Jahre sind sicherlich die Stichworte Bitburg und Historikerstreit die zentralen Punkte der Untersuchung. Auf politischer Seite läßt sich der Versuch ausmachen, neues nationales Selbstbewußtsein zu dokumentieren und die Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Gegenwart zu minimieren. Diese Politik läßt sich als Symbolpolitik bezeichnen, denn sie bezieht sich, sehr zum Leidwesen manch' konservativer Anhänger der damaligen konservativ-liberalen Regierung, vor allem auf den Bereich der politischen Symbolik. Für den geschichtspolitischen Diskurs am wichtigsten war hier sicherlich der gemeinsame Besuch von Bundeskanzler Kohl und dem US-amerikanischen Präsidenten Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985, der Versöhnung (mit dem Westen) dokumentieren und einen symbolischen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen sollte.

Der ein Jahr später einsetzende Historikerstreit war dann der vorläufige Höhepunkt einer konservativ motivierten Umdeutung der Vergangenheit. Gerade hier kann man die Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft gut beobachten, wurde der Streit doch von Wissenschaftlern und mit vermeintlich wissenschaftlichen Argumenten geführt, war jedoch eindeutig politisch konnotiert und wurde in den Feuilletons der großen Tages- und Wochenzeitungen geführt.

Ernst Nolte und Andreas Hillgruber sind die Protagonisten der konservativen Seite.⁷ Noltés Umdeutung der NS-Vergangenheit läuft auf eine Ableitung des deutschen Faschismus aus dem Bolschewismus hinaus. Die schrecklichsten Verbrechen der Nazis, die Vernichtung der europäischen Juden, werden bei ihm zu einer aus Angst hervorgehenden Reaktion auf die Verbrechen des Bolschewismus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden bei Nolte zu einer Kopie des Originals, der bolschewistischen Verbrechen, die das »logische und faktische Prius« des Holocaust seien.

Bei Hillgruber sind es die Heroisierung des Rückzugskampfes der Wehrmacht im Osten und die Trauer um den Verlust der deutschen Großmachtstellung, die im Mittelpunkt stehen. Die Wehrmacht erscheint als letzter Damm gegen die Flut der Roten Armee und der national gesinnte Historiker Hillgruber fordert eine Identifikation mit diesem Abwehrkampf.

Diese Vorstöße finden im konservativen politischen Spektrum eine breite Anhänger-schaft und Hillgruber, mehr noch als Nolte, wird gegen Angriffe verteidigt. Interessanterweise richten sich alle diese Vorstöße auf denselben Gegner, die Sowjetunion, die damals, im NS, wie in der Gegenwart des Jahres 1986 der Feind ist. Die negative Herausgehobenheit der Vergangenheit wird durch die Einebnung der Verbrechen minimiert, eine

positive Identifikation wird angeboten. Es findet eine Transformation der Verantwortung für die Verbrechen vom nationalsozialistischen Deutschland auf die Sowjetunion statt. Geprägt ist diese Interpretation der Vergangenheit noch deutlich von der Blockkonfrontation. Alle Relativierungsversuche richten sich auf den aktuellen Gegner, die Sowjetunion. Und sie richten sich auf die Punkte, die für das beklagte Nichtvergehen der Vergangenheit verantwortlich gemacht werden, den Holocaust und den Vernichtungskrieg.

Eingebettet ist der Historikerstreit in eine geschichtspolitische Offensive der konservativ-liberalen Regierung, die mit dem Anspruch einer »geistig-moralischen Erneuerung« angetreten war und explizit wieder die Nation zur zentralen positiven Bezugsgröße machen wollte. Dieser positiven nationalen Identität standen die Verbrechen des deutschen Faschismus entgegen und insofern waren die Vorstöße von Nolte, Hillgruber und anderen ein Versuch, die Herausgehobenheit dieser negativen Vergangenheit zu relativieren. Nach allgemeiner Auffassung endete der Historikerstreit mit einer Niederlage der konservativen Seite. Gemessen am Anspruch positiver, von den Belastungen der NS-Vergangenheit befreiter nationaler Identität mußte diese Bewertung in den neunziger Jahren jedoch relativiert werden.

II. Die welthistorische Zäsur von 1989/90 und die unerwartete deutsch-deutsche Vereinigung brachten das seit Bestehen der Bundesrepublik immer wieder geforderte »Ende der Nachkriegszeit« und damit die Notwendigkeit einer Neubestimmung der Rolle des größeren Deutschlands. Mit dieser Neubestimmung rückte auch die NS-Vergangenheit und ihre Bedeutung für das vereinigte Deutschland in den Blick, wobei sehr deutlich wurde, daß diese Vergangenheit vor allem auf der konservativen Seite des politischen Spektrums nur noch als Belastung empfunden wurde, die es zugunsten einer neuen, selbstbewußten nationalen Interessenpolitik zu überwinden gelte. In der relativ offenen Situation zu Beginn der neunziger Jahre wurden hier Vorstellungen entwickelt, die auf eine möglichst weitgehende Eliminierung der NS-Erinnerung für die zukünftige Bestimmung deutscher Politik drängten. So formulierte der Historiker Arnulf Baring auf einer Tagung der Hans-Martin-Schleyer-Stiftung im Jahr 1994 den Leitgedanken dieses neuen Selbstbewußtseins: »Wir sollten also mit mehr Selbstbewußtsein an die neue Situation herangehen und nicht glauben, daß uns diese zwölf Jahre auf Dauer wirklich lähmen dürfen.«⁸ Wie die neue Rolle Deutschlands auszusehen habe und welche Bedeutung der NS-Vergangenheit in dieser Situation noch zukomme machten Autoren wie Gregor Schöllgen, Hans-Peter Schwarz und Arnulf Baring in Veröffentlichungen aus der unmittelbaren Zeit nach der Vereinigung klar.⁹ Einig sind sich alle Autoren, daß die Vergangenheit keine hemmende Wirkung mehr auf die Gegenwart habe dürfe, weshalb es nun gelte, die positiven Traditionen deutscher Geschichte gegenüber der Fixierung auf den Faschismus stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Für Schwarz und Schöllgen ist es vor allem die Reichsgründung 1871, die nun eine positive Anknüpfung ermöglichen soll. Explizit negiert werden damit auch die letzten Reste der »Sonderwegsthese«, die in der Reichseinigung »von oben« den Beginn eines verhängnisvollen Weges sieht, der, nicht notwendig aber doch faktisch, zum Faschismus führte. Baring geht noch weiter, indem er die »Vergangenheitsbewältigung« dafür verantwortlich macht, daß man nun die Geschichte von vor 1945 (nicht vor 1933!) aus dem Abfallkorb holen müsse, da sie tendenziell wieder unserer heutigen Lage entspreche. Gemeint ist hiermit die von allen Autoren vorausgesetzte Hegemonialrolle Deutschlands in Europa, ins-

besondere Osteuropa, das, laut Baring, von Deutschland die Regelung seiner Angelegenheiten erwarte, weshalb Deutschland »für die Tschechoslowakei, für Ungarn, zum Teil auch für Polen die Führungsmacht sein« werde.¹⁰ Die Bedeutung der NS-Vergangenheit im Verständnis dieser Autoren wird mit der rhetorischen Frage Dirk Rumbergs, eines der Gesprächspartner Barings in dem Interview-Band, zum Ausdruck gebracht: »Wird der Hinweis auf Auschwitz uns auch zukünftig erpressbar machen?«¹¹ Die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit wird hier nur noch als Waffe des Auslands gegen die neue Rolle Deutschlands wahrgenommen.

In der politisch relativ offenen Zeit unmittelbar nach der Vereinigung, in der es um eine Neubestimmung der deutschen Rolle ging, machte auch eine junge Generation von rechtskonservativen Intellektuellen auf sich aufmerksam, die allgemein unter der Bezeichnung »Neue Rechte«¹² firmierte. Neben deutlichen politischen Interventionen ging es dieser Gruppe um die völlige Neubewertung der NS-Vergangenheit, verbunden mit dem eindeutigen Ziel, eine national grundierte politische Identität in Deutschland wieder hoffähig zu machen. In Bänden wie »Die selbstbewußte Nation« oder »Westbindung« wurde für eine nationalkonservative, vom Westen gelöste deutsche Großmachtpolle plädiert.¹³ Mit dem selbst formulierten Ziel, das erste Meinungslager im neuen Deutschland zu sein, schaffte es diese Gruppe immerhin, sich zeitweise einen Platz in den Spalten der FAZ zu erobern und war darüber hinaus sehr erfolgreich in der Platzierung ihrer geschichtspolitischen Vorstellungen. Dank der Tätigkeit Rainer Zitelmans als Cheflektor beim Ullstein-Verlag gelang es, den Verlag zeitweise zum Flaggschiff neurechter Publikationen zu machen. Die Interpretationen des Nationalsozialismus, die hier und in anderen Arbeiten vorgelegt wurden, schlossen gezielt an die Positionen von Nolte, Hillgruber und deren Unterstützern im Historikerstreit an, reflektierten dabei aber eindeutig die politische Zäsur, die es 1989/90 gegeben hatte.

III. Waren Nolte, Hillgruber und andere im Historikerstreit vor allem um eine Neuinterpretation der Shoah und des Krieges im Osten bemüht, so ging es den konservativen Protagonisten jetzt stärker um eine generelle politische Neueinordnung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Die NS-Herrschaft wurde von Autoren wie Rainer Zitelmann und Karlheinz Weißmann als fundamentaler Bruch mit der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands gewertet und ihr wurde ein sozialrevolutionärer Effekt unterstellt. Anknüpfen konnte man hier an Interpretationen von Historikern wie Karl Dietrich Bracher oder Horst Möller, die die Machtübertragung an die Nazis 1933 als Revolution verstehen, mit der die gesamten bürgerlichen Eliten beseitigt worden seien.¹⁴ Zitelmann und seinen Mitstreitern ging es jedoch um mehr. Nicht nur der Bruch und die Absetzung des Nationalsozialismus vom konservativen Bürgertum war das Ziel ihrer Darstellungen, sondern die Verschiebung des NS-Systems in das Feld der politischen Linken. Hitler wurde vor allem von Zitelmann als Sozialrevolutionär porträtiert, dem es für Deutschland um eine Überwindung der Klassenschranken und eine allgemeine »Chancengleichheit« gegangen sei.¹⁵ Ganz in der von Nolte etablierten phänomenologischen Sichtweise interpretiert Zitelmann den deutschen Faschismus allein aus der Person Hitlers und dessen vermeintlichen politischen Ansprüchen. Trotz gleichem methodischen Zugriffs und der Verwendung identischen Materials (vor allem der Reden und Schriften Hitlers) kommen Nolte und Zitelmann zu völlig konträren Bewertungen. Ist der Faschismus für Nolte eine verständliche Reaktion des Bürgertums

auf die Bedrohung durch den Bolschewismus, so wird er bei Zitelmann zu einer Spielart der politischen Linken, gerichtet vor allem gegen das Bürgertum. Entscheidend für diese Differenz ist nicht das historische Material, sondern der politisch-historische Standpunkt der Autoren. Während Nolte noch ganz befangen von der Blockkonfrontation seine Position entwickelt und die Stellung des Bürgertums gegen den Bolschewismus historisch – und auch aktuell – rechtfertigt, geht es Zitelmann darum, Platz zu schaffen für ein neues nationalkonservatives Projekt. Die Befreiung des Konservatismus von der Tatsache, mit den Faschisten paktiert und sie an die Macht gebracht zu haben ist das geschichtspolitische Ziel der Verortung des Faschismus an der Macht auf der politischen Linken.

Ein weiterer Strang dieser Umdeutung der Vergangenheit findet sich in der Aufnahme der Modernisierungstheorie durch die genannten Autoren. Auch hier wird an ältere Debatten angeknüpft, so an die Arbeiten von David Schoenbaum und Ralf Dahrendorf.¹⁶ Gingen beide Autoren noch von einem weitgehend unbewußten aber objektiv feststellbaren Modernisierungseffekt der NS-Herrschaft aus, einer Modernisierung quasi gegen die Intention des Regimes, so behaupten Zitelmann und seine Mitstreiter eine bewußte und intentionale Modernisierung durch Hitler. Über die Verwendung des Modernisierungstopos in diesem Zusammenhang läßt sich trefflich streiten, für die geschichtspolitische Bewertung sind vor allem die damit vorgenommenen Uminterpretationen interessant.¹⁷ So wird der Nationalsozialismus hier in eine Tradition der europäischen Moderne gestellt, die ihren Ausgangspunkt 1789 genommen habe und erscheint als ein möglicher Weg der Moderne. Beseitigt werden so die Traditionen der Gegenrevolution, des völkischen Nationalismus und Konservatismus, die in den Faschismus Eingang fanden. Das Selbstverständnis der Nazis, sich in Opposition zu 1789 und der Aufklärung zu begreifen, wird in diesem Fall ignoriert. Ziel ist es auch hier, die eigenen konservativen Traditionslinien von der Verbindung zum Faschismus zu befreien.¹⁸

Neben dem methodischen Postulat der »phänomenologischen Sichtweise« und damit des Ausblendens aller sozialwissenschaftlichen und empirischen Erkenntnisse wurde die »Historisierung« des Nationalsozialismus zum wichtigsten Anliegen dieser Autoren. Auch hier wurde wieder ein vorhandener wissenschaftlicher Diskurs aufgenommen und spezifisch zugespitzt. Die Frage der historisierenden Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche und europäische Geschichte war in den achtziger Jahren, parallel zum Historikerstreit, schon von Martin Broszat und Saul Friedländer eindringlich diskutiert worden.¹⁹ In dem Band »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus«²⁰ ging es den Autoren darum, die bisherige wissenschaftliche Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit unter den Generalverdacht der nur moralischen und damit »volkspädagogischen« Betrachtungsweise zu stellen. Einer jungen und unbefangenen Historikergeneration dagegen sei es vorbehalten, sich dem Gegenstand der Untersuchung frei und ohne Emotionen zu nähern, der so wie jeder andere Abschnitt der Geschichte behandelt werden könne. Der Historiker müsse dem NS-Regime unvoreingenommen begegnen und besonderes Gewicht wurde auf die Darstellung entlastender Argumente gelegt. Die vorgeführten Beispiele der Historisierung durch Autoren aus diesem Kreis ließ jedoch schnell erahnen, welchen Zweck man hiermit verfolgte. So läßt sich etwa in der Gesamtdarstellung von Karlheinz Weißmann²¹, die – als wohl größter geschichtspolitischer Erfolg – in der Propyläen-Reihe »Geschichte

Deutschlands« plaziert werden konnte, die geforderte Abwägung zwischen Distanz und Nähe zum Gegenstand gut verfolgen. Während von den Opfern deutscher Politik in sachlich nüchterner Sprache berichtet wird, gelten Einfühlung und Empathie ausschließlich der deutschen Bevölkerung und der Führung. Die Vernichtung der europäischen Juden wird den Tatsachen entsprechend korrekt dargestellt, jeder Versuch jedoch, das damit verbundene Grauen erahnbar zu machen, unterbleibt. Statt dessen wird von holländischen Juden berichtet, die in den Lagern »starben«, 430 000 ungarische Juden wurden »ums Leben gebracht« und »in Belzec starben (...) mindestens 600 000 Menschen.«²² Mord und Mörder fallen bei einer solchen Darstellung aus dem Bild, Kausalzusammenhänge zwischen antisemitischer Politik und Vernichtung kommen nicht zur Sprache. In der Tat wird hier eine kühle und distanzierte Betrachtung bevorzugt, wie sie laut Zitellmann u.a. für die Historisierung erforderlich sei. Weißmann jedoch wendet dieses Verfahren nur auf die Opfer deutscher Aggressionspolitik an. Einfühlende Nähe wird dagegen der deutschen Bevölkerung und auch dem Diktator zuteil. Bei den Auswirkungen der alliierten Bombenangriffe auf die Bevölkerung weiß er sehr einführend über den »Spannungszustand« und die »Hysterie« im Bunker zu berichten²³, und auch Hitlers Zustand angesichts der Einkesselung Berlins wird anschaulich geschildert: »Weinkrämpfe schüttelten seinen Körper, dann sackte er in sich zusammen.«²⁴ Empathie und Distanz scheinen bei Weißmann von der »Volkszugehörigkeit« abhängig zu sein. Historisiert im spezifischen Sinne werden die Opfer und Verbrechen des deutschen Faschismus, wohingegen den Tätern mit großer Emphase begegnet wird. Der Sinn dieser Art von Historisierung liegt klar auf der Hand. Einerseits sollen die deutschen Verbrechen bei der Darstellung dieser Zeit nicht mehr im Mittelpunkt stehen, andererseits geht es darum, die deutsche Bevölkerung vom Makel der Mitverantwortung zu befreien und sie selbst zu privilegierten Opfern zu machen. So heißt es resümierend bei Weißmann: »Aber niemals zuvor hat ein Volk so hart für die Untaten gebüßt, die es beging oder die in seinem Namen begangen wurden.«²⁵

Im Kreis konservativer Historiker fanden solche Darstellungen einigen Beifall und wurden mit positiven Besprechungen belohnt (etwa durch Klaus Hildebrand). Die Verleihung des Adenauer-Preises der »Deutschland-Stiftung« im Jahre 2000 an Ernst Nolte, den geistigen Ziehvater der jüngeren Generation, und die Laudatio auf Nolte durch Horst Möller erschienen wie eine Bestätigung dieser konservativen geschichtspolitischen Vorstöße. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, daß sich die hier verbreiteten Geschichtsbilder im allgemeinen Bewußtsein durchgesetzt hätten. Vor allem die öffentlichen Geschichtsdebatten der neunziger Jahre haben hier einen anderen Akzent gesetzt und die Bemühungen um eine historisierende Einebnung der nationalsozialistischen Geschichte konterkariert.

IV. Will man die vielfältigen geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre wissenschaftlich fassen, dann lassen sie sich vielleicht auf den Begriff der »Täterforschung« bringen. In den Debatten um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung, das Raubgold oder die Zwangsarbeiterentschädigung ging es vor allem um die Beteiligung großer Teile der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Regimes. Der Kreis der realen oder potentiellen Täter ging jetzt weit über die enge Führung des Regimes und die bekannten Träger der Mordpolitik, SS und SD, hinaus. Mit der Wehrmacht und den »willigen Vollstreckern« rückte die »Normalbevölkerung« ins Blickfeld der Forschung.

Die Vehemenz der Debatten um Goldhagen und die Wehrmachtsausstellung hat ihren Grund nicht zuletzt in der Ausweitung dieses »Normalitätsfeldes«. Unter Verdacht geriet nun die gesamte damalige deutsche Bevölkerung (so bei Goldhagen) oder doch ein sehr großer und festumrissener Teil von ihr (so in der Ausstellung). Die generationell unterschiedlichen Reaktionen auf beide Debatten verdeutlichen einen Wandel in der Bedeutung der Vergangenheit. So war es einer jüngeren Generation möglich, den zumindest zweifelhaften Pauschalisierungen Goldhagens zuzustimmen, fühlte man sich doch von dieser deutschen Vergangenheit fundamental geschieden und der Autor Goldhagen bot der jüngeren Generation auch Entlastung an, indem er den »eliminatorischen Antisemitismus« 1945 auf wundersame Weise verschwinden ließ.

Die ungleich heftigere Debatte um die Wehrmachtsausstellung hing mit der Tatsache zusammen, daß die Gruppe der realen oder potentiellen Täter hier sehr viel klarer umrissen war. Mochte man in Abstrakto eine allgemeine Täterschaft der Deutschen nachvollziehen, so war das beim konkreten Vater oder Großvater etwas anderes. Die unversöhnliche Anklage der 68er wurde jetzt von eben dieser Generation in einen Willen zum gegenseitigen Verstehen verwandelt. Auch die Elterngeneration konnte nun als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen werden.²⁶ Den oben angeführten konservativen geschichtspolitischen Vorstößen liefen die Debatten um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung, die Zwangsarbeiterentschädigung usw. natürlich entgegen. Gegen die Ausstellung wurde teilweise erfolgreich polemisiert, jedoch war die NS-Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein der neunziger Jahre präsenter als je zuvor.

Diese »Dauerpräsenz unserer Schande« ließ Martin Walser zum Sprecher all jener werden, die die öffentliche Thematisierung dieser Vergangenheit endlich beenden wollten.²⁷ Walser bot hierfür Argumente, indem er die Thematisierung der Vergangenheit als »Instrumentalisierung zu gegenwärtigen Zwecken« bezeichnete. Auch bei Walser erscheint sie somit als Waffe – wahlweise des Auslands, der Intellektuellen oder der Juden –, um den Deutschen den Anspruch auf »Normalität« zu bestreiten. Was in der Debatte Walsers mit seinem Widerpart, Ignatz Bubis, zum Ausdruck kam, war die negative Seite des sich hier ausdrückenden neuen Selbstbewußtseins einer »normalen Nation«: Der aggressive, antisemitische Stereotypen aufnehmende Angriff auf all jene, die die Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein wach halten wollen. Bubis' resignativer Rückzug lag vor allem darin begründet, daß er sich von den politischen und geistigen Eliten des Landes allein gelassen fühlte. Was sich hier ausdrückte war jedoch nicht die von konservativer Seite betriebene Entsorgung der NS-Vergangenheit, sondern ein Bedeutungswandel dieser Vergangenheit für die Gegenwart.

Realpolitisch bedeutete das eingangs skizzierte »Normalitätsbedürfnis« die Wiedererlangung voller außenpolitischer Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik. Diese war bis 1990 real und emotional durch die Erinnerung an die NS-Vergangenheit nicht gegeben. Die Rückkehr zu einer »normalen« auch militärisch abgestützten Außenpolitik ging über die Bedeutungsveränderung der NS-Vergangenheit für das Selbstverständnis der Bundesrepublik. Am Beispiel des Einsatzes der Bundeswehr läßt sich dieser Bedeutungswandel gut nachvollziehen. Gab es zu Beginn der neunziger Jahre noch weitgehende, mit der Vergangenheit begründete Einschränkungen, so sind diese heute vollständig verschwunden. In einer Rede vor dem SPD-Parteitag nach dem 11. September macht Kanzler Schröder dies ganz deutlich: Die Tabuisierung des Einsatzes militärischer Mittel als Lehre aus der deutschen Vergangenheit gelte heute nicht mehr. »Geben wir es ruhig

zu. Mit dieser historisch verbrämten Interpretation dessen, was notwendig ist, ist die alte Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik auch ganz gut gefahren. (...) Wir konnten unsere Interessen sozusagen im Windschatten der Bündnispartner verfolgen, mit ihnen zusammen, aber ohne das gleiche Risiko. Nur, diese Interpretation dessen, was notwendig ist, auch was uns abverlangt wird von unseren Partnern, steht uns glücklicherweise nicht mehr zur Verfügung, und zwar glücklicherweise deshalb, weil wir ein einiges Volk und Land und ein souveräner Staat sind.«²⁸

Das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart hat sich insoweit entkoppelt, als die aus der Vergangenheit begründeten Beschränkungen Deutschlands verschwunden sind. Damit ist das wichtigste Ziel der konservativen Vordenker vom Anfang der neunziger Jahre erreicht: Die »zwölf Jahre« wirken nicht länger lähmend auf die deutsche Politik. Nicht erreicht wurde dagegen eine Einebnung der spezifischen deutschen Vergangenheit auf ein erträgliches »Normalmaß« europäischer Verbrechensgeschichte. Die Debatten der neunziger Jahre haben die Herausgehobenheit von Shoah und Vernichtungskrieg noch einmal bestätigt. Die Frage bleibt allerdings, welche Bedeutung diese Vergangenheit heute hat. Auch den Historiker Ulrich Herbert treibt diese Frage um: »Wir müssen uns damit befassen, welche Rolle die NS-Vergangenheit für die Deutschen zukünftig spielen wird. Eine Art negativer Staatsräson? Grundlage des zivilgesellschaftlichen Europas? Das glaube ich eher nicht, auch wenn es viele Bemühungen in diese Richtung gibt. Aber ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens – das wird sie bleiben, und wenn nicht alles täuscht, mit zunehmendem zeitlichen Abstand in noch wachsendem Maße.«²⁹

Man mag Herberts Optimismus hoffend zustimmen, wenngleich es Anzeichen dafür gibt, daß sich die NS-Vergangenheit tatsächlich von der deutschen Geschichte und Gegenwart ablöst. Der Historiker und Publizist Michael Jeismann sieht eine zunehmende Internationalisierung dieser Vergangenheit, die als negativer Maßstab genommen werde. Auf der Suche nach übernationalen Wertmustern und ethischen Grundlagen biete sich Holocaust und Faschismus als negative Abgrenzung an. War »Auschwitz« staatspolitisch bisher nicht zu gebrauchen, so ändert sich dies laut Jeismann gegenwärtig: »Die deutsche Politik hat heute eine Form der Erinnerung an den Holocaust gefunden, die sie im Konzert mit den Vereinigten Staaten und den Nachbarländern in Europa politisch zu nutzen sucht.«³⁰ Angesichts der sich ausweitenden militärischen Interventionspolitik sollte eine solche gewandelte Indienstnahme der nationalsozialistischen Vergangenheit mißtrauisch machen.

Dr. Gerd Wiegel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Anmerkungen

* Der folgende Aufsatz ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse meiner gleichnamigen Dissertation, die im Jahre 2001 beim PapyRossa Verlag in Köln erschienen ist (Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, Köln 2001).

1 Moshe Zuckermann: Von Erinnerungsnot und Ideologie, in: Der Tagesspiegel, 28.11.1998.

2 Martin Walser: Die Banalität des Guten. Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede, hier zitiert nach Frankfurter Rundschau, 12.10.1998.

3 Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 59 ff.

4 Beim Begriff der Geschichtspolitik orientiere ich mich an den Arbeiten von Edgar Wolfrum; vgl.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

5 Vgl. dazu: Wiegel, Zukunft, S. 27 ff.

- 6 Michael Stürmer: Frankfurter Allgemeine, 25. 4. 1986.
- 7 Ich beziehe mich auf: Noltes FAZ-Artikel, 6. 6. 1986: »Vergangenheit die nicht vergehen will«, Hillgrubers Buch: Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986. Alle wichtigen Beiträge zum Historikerstreit: »Historikerstreit: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
- 8 Arnulf Baring/Rupert Scholz (Hg.): Eine neue deutsche Interessenlage? Koordinaten deutscher Politik jenseits von Nationalismus und Moralismus, Köln 1994 (Hans-Martin-Schleyer-Stiftung, Bd. 41), S. 15.
- 9 Gregor Schöllgen: Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Berlin/Frankfurt a.M. 1993; Arnulf Baring: Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler, Berlin 1991 (Taschenbuchausgabe); Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- 10 Vgl. Baring, S. 83. Zu den Positionen und Implikationen aller genannten Autoren ausführlich: Wiegelt, S. 158ff.
- 11 Baring, S. 146.
- 12 Vgl. Zur »Neuen Rechten«: Armin Pfahler-Traugott: »Konservative Revolution«, »Neue Rechte«. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998; zu geschichtspolitischen Vorstößen vgl.: Michael Schneider: »Volkspädagogik« von Rechts. Ernst Nolte: Die Bemühungen um die »Historisierung« des Nationalsozialismus und die »selbstbewußte Nation« (Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 11) Bonn 1995.
- 13 Vgl. Heimo Schwillk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewußte Nation. »Anschwellender Bocksgesang« und andere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin 1994; Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/Michael Großheim (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a.M./Berlin 1993.
- 14 Vgl. Karl Dietrich Bracher: Tradition und Revolution im Nationalsozialismus, in: ders.: Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1984; Horst Möller: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution?, in: VfZ, Jg. 31 (1983); Norbert Frei weist in seinen Darstellungen nach, dass die Behauptung des revolutionären Bruchs mit den bürgerlichen Eliten aus Beamtenschaft, Wirtschaft und Militär für die Phase der Machtübertragung und Machtausweitung des Regimes in keiner Weise zutrifft, vgl.: Norbert Frei: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 1987.
- 15 Vgl. hierzu: Rainer Zitelmann: Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart 1989.
- 16 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965; David Schoenbaum: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs, München 1968; zur Modernisierungstheorie bezogen auf den Faschismus vgl. generell: Wiegelt, S. 343 ff.
- 17 Die wissenschaftliche Unhaltbarkeit der Interpretationen von Zitelmann, Weißmann u.a. habe ich an anderer Stelle nachgewiesen; vgl: Wiegelt, ebd.
- 18 Vgl. Klaus Hornung: Das totalitäre Zeitalter; Berlin/ Frankfurt a.M. 1993; Karlheinz Weißmann: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995; Rainer Zitelmann, Die totalitäre Seite der Moderne, in: Prinz/Zitelmann (Hg.): Nationalsozialismus und Modernisierung, 1991.
- 19 Martin Broszat: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke (Hg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, München 1986; ders./Saul Friedländer, Um die »Historisierung des Nationalsozialismus.« Ein Briefwechsel, in: VfZ, Jg. 36 (1988); Saul Friedländer: Überlegungen zur Historisierung des Nationalsozialismus, in: Freibeuter 36 (1988).
- 20 Uwe Backes/Eckhardt Jesse/Rainer Zitelmann (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M./Berlin 1992.
- 21 Karlheinz Weißmann: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945, Berlin 1995 (Geschichte Deutschlands Bd. 9). Die Vergabe dieses Bandes an den Autoren Weißmann führte zu einer heftigen öffentlichen Debatte, in deren Gefolge der Band schließlich wieder zurückgezogen wurde.
- 22 Alle Zitate ebd., S. 429 f.
- 23 Vgl. ebd., S. 418 f.
- 24 Ebd., S. 466.
- 25 Ebd., S. 470.
- 26 Vgl. Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München/Wien 1999.
- 27 Vgl. zur Walser-Bubis Debatte: Johannes Klotz/Gerd Wiegelt (Hg.): Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001.
- 28 Zitiert nach: www.spd-parteitag.de/servlet/PB/menu/1002034/index.html
- 29 Ulrich Herbert: »Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens.« Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Entschädigung von Zwangsarbeitern, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2000, S. 565.
- 30 Michael Jeismann: Auf Wiedersehen gestern. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart/München 2001, S. 119.

8. Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken

Irmela Roschmann-Steltenkamp

Vom 20. bis 22. März 2002 fand in Berlin im Haus der Wannsee-Konferenz und in der Stiftung Topographie des Terrors mit rund 20 Teilnehmer/-innen aus 14 Institutionen das alljährliche Frühjahrstreffen der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB) statt. Der Schwerpunkt des diesjährigen Treffens lag auf der Zusammenarbeit der pädagogischen Abteilungen in den Gedenkstätten mit den Bibliotheken – dargestellt am Beispiel des Hauses der Wannsee-Konferenz sowie der Gedenkstätte Buchenwald. Darüber hinaus wurde über den Fortgang der beiden kontinuierlichen AGGB-Projekte berichtet: zum einen über den Thesaurus Nationalsozialismus und Holocaust (erarbeitet von Jutta Lindenthal, Fritz Bauer Institut, und Ulrich Tempel, Stiftung Topographie des Terrors), zum anderen über den gemeinsamen Internetkatalog (erarbeitet und gepflegt von Anne Sieberns, Haus der Wannsee-Konferenz; <http://www.biblio.tu-bs.de/gedenk>). Bei der Thematik »Informationsfreiheit und Bibliotheken« wurde kontrovers über den Umgang mit NS-Literatur und Literatur von heutigen rechten Verlagen in den einzelnen Bibliotheken diskutiert.

Die zahlreichen vorangegangenen Treffen hatten die verschiedensten Schwerpunktthemen: u.a. Rechtsfragen in Bibliotheken, Kinder- und Jugendliteratur zu NS und Holocaust, Buchrestauration. Da wir uns nach Möglichkeit an wechselnden Orten treffen, stehen die gastgebenden Gedenkstätten/Institutionen immer im Mittelpunkt.

Unsere Treffen finden regelmäßig zweimal jährlich statt: drei Tage Ende März sowie im Herbst im Rahmen des Gedenkstättenseminars. Die Märztreffen behandeln allgemeine bibliothekarische Aspekte, während die Arbeitsgruppentermine bei den Gedenkstättenseminaren sich an den Themen der jeweiligen Seminare orientierten. Diese Trennung haben wir vorgenommen, nachdem sich Mitarbeiter/-innen aus Gedenkstätten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an den AGGB-Treffen beteiligten und wir einen Themenkonsens finden mußten, mit dem alle zufrieden sein konnten. So sind die Märztreffen für alle interessierten Gedenkstättenbibliothekare/-innen offen, während die Herbsttermine auf die Themen der Gedenkstättenseminare ausgerichtet sind.

Unser nächstes Treffen findet vom 29. 9. bis zum 3. 10. auf dem Gedenkstättenseminar in Flossenbürg statt. Die AGGB hat dort drei Arbeitsgruppentermine: Besprechung der laufenden Projekte, Umgang mit Nachlässen in Gedenkstättenbibliotheken sowie das Kennenlernen der Bibliothek der Gedenkstätte Flossenbürg. Interessierte Gedenkstättenmitarbeiter/-innen und -bibliothekare/-innen sind herzlich eingeladen teilzunehmen.

Irmela Roschmann-Steltenkamp leitet die Bibliothek der Stiftung Topographie des Terrors.

Kontakt: Irmela Roschmann-Steltenkamp, Margarete Roßmann, Stiftung Topographie des Terrors, Bibliothek, Tel: 030/25 45 09 23, roschmann@topographie.de, rossmann@topographie.de

Mauthausen-Überlebende als Zeitzeugen gesucht

Alice von Plato

Seit einigen Monaten wird am Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen ein Projekt vorbereitet, in dem es um die Erfahrungen ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner österreichischen Außenlager geht.

Im Jahr 1938 wurde das einzige österreichische Konzentrationslager eingerichtet. Bis zum Kriegsende wurden in Mauthausen und seinen 49 Außenlagern etwa 200 000 Menschen inhaftiert. Mehr als die Hälfte von ihnen überlebte die Lagerzeit nicht. Besonders viele kamen im SS-eigenen Steinbruch um.

In Österreich wurde noch viel später als in Deutschland mit der Bearbeitung und Bewältigung der eigenen Verstrickungen in die nationalsozialistische Vergangenheit begonnen. In einem internationalen Dokumentationsprojekt wird nun versucht, möglichst viele der heute noch lebenden ehemaligen Häftlinge von Mauthausen zu finden, um diese zu interviewen. Im Hinblick auf die Geschichte des Nationalsozialismus hat sich schon lange erwiesen, wie wichtig die Opferperspektive ist und welchen Beitrag sie zur Geschichtsschreibung und für die Aufklärung der Öffentlichkeit leisten kann. Zwanzig Länder sind in das Großprojekt eingebunden, das unter der Leitung der Universität Wien (Gerhard Botz) steht und vom Institut für Konfliktforschung sowie vom Archiv des Österreichischen Widerstandes betreut wird. Erstaunlicherweise ist jedoch gerade in Deutschland und Österreich (sowie in der Schweiz) die Suche nach Zeitzeugen besonders schwer. Dies ist umso mehr zu bedauern, als es um einen internationalen Vergleich gehen soll, in dem nicht nur die Zeit der konkreten Verfolgung beziehungsweise der Haft, sondern auch die gesamte Lebensgeschichte und die Zeit nach 1945 thematisiert wird.

Zeitzeugen werden gebeten, sich so schnell wie möglich zu melden.

Kontakt: Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen, Liebigstraße 11, 58511 Lüdenscheid, Tel: 023 51/245 80, Fax: 023 51/399 73, E-mail: alexander.vonplato@fernuni-hagen.de, alice.vonplato@gmx.de

Dr. Alice von Plato ist Mitarbeiterin des Mauthausen Survivors Documentation Project. Bis Juli 2002 hat sie ein historisches Forschungsprojekt an der Universität Hannover. Ab August 2002 arbeitet sie als Geschäftsführerin eines bildungs-politischen Vereins in Nordrhein-Westfalen.

Förderprogramm: Begegnungen mit Zeitzeugen

LEBENSWEGE EHEMALIGER ZWANGSARBEITER

Mitteilung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«

Millionen von Menschen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. Von den ehemaligen Zwangsarbeitern leben heute noch etwa 1,5 Millionen. Jeder dieser Menschen lebt mit seinem ganz persönlichen Schicksal, mit seinen individuellen Erinnerungen. Die Erfahrungen während der nationalsozialistischen Herrschaft haben die Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter entscheidend geprägt. Viele waren noch sehr jung, als sie deportiert, in Lager interniert und zur Arbeit gezwungen wurden. Oft wirken die traumatischen Erlebnisse ihrer Jugendzeit bis heute nach. Mehr noch: Im Alter kehren verdrängte Erlebnisse verstärkt in die Erinnerung zurück. Die ehemaligen Zwangsarbeiter wollen nicht vergessen werden, viele von ihnen wollen erzählen und ihre Erinnerungen teilen.

Mit dem Programm »Begegnungen mit Zeitzeugen – Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiter« fördert der Fonds »Erinnerung und Zukunft« Begegnungen zwischen jungen Menschen und ehemaligen Zwangsarbeitern sowie anderen NS-Opfern. Gerade für junge Menschen, die den Holocaust vor allem aus Geschichtsbüchern kennen, ist eine Begegnung mit Zeitzeugen von hoher Bedeutung. Die Jugendlichen erfahren auf persönliche und für sie nachvollziehbare Weise, wie Unrecht Lebenspläne zerstören und Biografien schicksalhaft prägen kann. Sie können die Zeitzeugen direkt ansprechen, ihnen Fragen stellen, mit ihnen über das reden, was sie besonders interessiert. Sie werden mit Menschen sprechen, die während ihrer Zwangsarbeit oft ebenso jung waren, wie die fragenden Jugendlichen heute selbst.

Mit dem Begegnungsprogramm will die Stiftung einerseits die Erinnerung an das Unrecht der nationalsozialistischen Herrschaft wach halten und andererseits das Verantwortungsgefühl der jungen Generation für Gegenwart und Zukunft wecken.

Gefördert werden können sowohl Einzelvorhaben zum Beispiel von Schulen, Jugendzentren und Vereinen, die ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer einladen wollen, als auch Träger, die derartige Begegnungen organisieren möchten. Die Stiftung kann für Projekte dieser Art einen Zuschuss zu den Fahrt- und Aufenthaltskosten der Zeitzeugen und einer Begleitperson gewähren sowie Dolmetscherkosten übernehmen. Für eine fundierte Vor- und Nachbereitung der Begegnung kann ein Zuschuss etwa zu Materialkosten gewährt werden. Bei Vorhaben, die die Organisation von Begegnungen als Verbundprojekte betreffen, können in begründeten Ausnahmefällen auch Personalkosten übernommen werden. Der Stiftung ist daran gelegen, dass die Jugendlichen die Ergebnisse der Begegnungen verarbeiten und festhalten, damit auch andere von ihrer Erfahrung profitieren. Die Vor- und Nachbereitung kann auch auf künstlerische Weise geschehen, zum Beispiel durch einen Theaterworkshop.

Kontakt: Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Fonds »Erinnerung und Zukunft«, Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin, **Ansprechpartnerin:** Gesa Löbbecke, Tel: 030/25 92 97 79 Fax: 030/25 92 97 42, E-mail: loebbecke@stiftung-evz.de

Gedenkstätte Ahrensböök

Christian Rathmer

Das Gebäude der Gedenkstätte Ahrensböök ist das einzige erhaltene bauliche Zeugnis eines frühen KZ in Schleswig-Holstein. Das Konzentrationslager Ahrensböök-Holstendorf existierte dabei nur sechs Wochen. Vom 1. November 1932 bis zum 16. März 1933 hatte zuvor die SPD-nahe Reichsbannerjugend in dem ehemaligen Direktorenhaus einer alten Zuckerfabrik ein Freiwilliges Arbeitsdienstlager unterhalten.

Im Landesteil Lübeck des Freistaates Oldenburg wurden nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten zunächst alle sogenannten »politischen Häftlinge« im »Schutzhaftlager« des Amtsgerichtsgefängnisses Eutin interniert. Am 3. Oktober 1933 wurden die Häftlinge aus Eutin in das als Konzentrationslager eingerichtete Gebäude in Ahrensböök-Holstendorf verlegt. Am 1. Dezember 1933 zog die Führerschule der Gruppe Nordmark der NSDAP in das Gebäude der Realschule Ahrensböök; die Schüler der Realschule wurden wiederum in das Gebäude des KZ Holstendorf eingewiesen. Das KZ wurde in ein Gebäude im Ortskern von Ahrensböök verlegt. Am 9. Mai 1934 wurde das Konzentrationslager aufgelöst. Insgesamt wurden während des Bestehens des KZ Eutin/Ahrensböök deutlich mehr als 300 »Schutzhäftlinge« interniert. 1936 wurde im Rahmen des NS-Autarkieprogramms die Genossenschaft Flachsröste



Blick in die 2001 eröffnete Dauerausstellung, 2001.
Foto: Wilhelm Lange, Neustadt



Stele des Wegzeichenprojektes Todesmarsch Auschwitz-Holstein 1945, 1999.
Foto: Studio Wolf Leo Berlin

gegründet, in der Hunderte von ausländischen Zwangsarbeiter/innen eingesetzt wurden.

Am 13. April 1945 zogen etwa 500 Überlebende nationalsozialistischer Konzentrationslager durch Ahrensbök. Die Häftlinge wurde etwa 14 Tage in zwei Scheunen zwangseinquartiert, bevor sie auf die CapArcona gepfercht wurden, die am 3. Mai in der Lübecker Bucht bei Neustadt versenkt wurde.

Die Erforschung des Eutiner Schutzhaftlagers begann der kanadische Historiker Lawrence D. Stokes bereits Ende der 70er Jahre. Durch die Forschungen des Regionalhistorikers Gerhard Hoch in den späten 80er Jahren wurde zunächst das Schicksal der jüdischen Häftlinge von Fürstengrube bekannt. Die Studien von Jörg Wollenberg in den späten 90er Jahren brachten das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Ahrensbök zu Tage.

Im Juni 1998 gründete sich die Gruppe 33 – Arbeitsgemeinschaft zur Zeitgeschichte in Ahrensbök e.V. Im Sommer 1999 fand das erste Internationale Jugendlager der Aktion Sühnezeichen – Friedensdienste statt. Am 1. September 1999 wurden im Rahmen eines Wegzeichenprojektes der Weg der KZ-Häftlinge auf ihrer letzten Wegstrecke markiert.

Am 8. Mai 2000 wurde der Trägerverein Gedenkstätte Ahrensbök e.V. gegründet.

Am 8. Mai 2001 wurde die Gedenkstätte Ahrensbök mit dem ersten Teil der Dauerausstellung über den Todesmarsch von Auschwitz nach Holstein eröffnet.

Der Fortbestand der Gedenkstätte ist gefährdet, da der Trägerverein nicht finanzkräftig genug ist, um die Kosten aus eigenen Mitteln aufzubringen und die Unterstützung vom Land Schleswig-Holstein und den übrigen Körperschaften dafür ebenfalls viel zu gering ist.

Christian Rathmer
leitet die Gedenkstätte
Ahrensbök.

*Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsstraße 16, 23623 Ahrensbök, Postfach 12 56,
23620 Ahrensbök, Tel: 045 25/49 30 60, Fax: 045 25/49 30 90,
E-Mail: gedenkstaetteahrensboek@t-online.de, www.gedenkstaetteahrensboek.de
Anreisehinweis: Ahrensbök: Kreis Ostholstein. A1 Richtung Puttgarden, Ausfahrt
Scharbeutz, dann B 432 nach Bad Segeberg. Gedenkstätte: Vor dem Ort direkt an
der Bundesstraße, Gewerbegebiet Flachsstraße, Ortsteil Holstendorf.
Öffnungszeiten: 1. April – 31. September: Dienstag – Freitag 10 – 12 Uhr, Mittwoch
15 – 17 sowie nach Vereinbarung*

Literaturhinweise

Hoch, Gerhard, Von Auschwitz nach Holstein. Die jüdischen Häftlinge von Fürstengrube, Hamburg 1998.
Stokes, Lawrence D., Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines »wilden« Konzentrationslagers,
in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 27, 1979, S. 570–625.
Wollenberg, Jörg: Ahrensbök. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus, Konzentrationslager – Zwangsarbeit –
Todesmarsch, Bremen 2001.

Veranstaltungshinweise

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Münster, 22.–25. Mai 2003

39. Bundesweites Gedenkstättenseminar

Die Erinnerungskulturen in den Benelux-Staaten und Deutschland im Vergleich
(Arbeitstitel)

Veranstalter/Information: Stiftung Topographie des Terrors, Villa ten Hompel,
Münster, Bundeszentrale und Nordrhein-Westfälische Landeszentralen für politische
Bildung, Thomas Lutz, Tel: 030/25 45 09-20, E-Mail: lutz@topographie.de

Ausstellungen

Hamburg, 1. Juni – 31. Juli 2002

Ausstellung: »Sharing Jerusalem – Zwei Hauptstädte für zwei Staaten«

Veranstalter/Information: Die Neue Gesellschaft – Vereinigung für politische
Bildung e.V., Rothenbaumchaussee 19, 20148 Hamburg, Tel: 040/44 75 25,
Fax: 040/45 35 94, Lerke Scholing, Tel: 040/44 75 25, Fax: 040/45 35 94
E-Mail: scholing@die-neue-gesellschaft.de

Berlin, 1. September 2002 – 30. März 2003

»...hier in Hohenschönhausen. Ausländische Zwangsarbeit 1939 bis 1945«

Veranstalter/Ort: Heimatmuseum Hohenschönhausen, Lindenweg 7, 13053 Berlin,
Tel: 030/982 73 78, Fax: 030/982 73 79

Einzelveranstaltungen

Gelsenkirchen, 26. Juni 2002

Vortrag: »Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg«, Beginn: 19.30 Uhr
Referentin: Dr. Gisela Schwarze, Historikerin aus Münster

Veranstalter/Ort: Institut für Stadtgeschichte, Dokumentationsstätte »Gelsenkirchen im
Nationalsozialismus«, Cranger Str. 323, 45891 Gelsenkirchen, Tel: 02 09/167-29 60,
E-Mail: doku-ge@institut-fuer-stadtgeschichte.de

Stuttgart, 6. Juli 2002

Führung: »Antifaschistische Stadtrundfahrt – Leben und Leiden Stuttgarter Juden
und Jüdinnen«, Beginn: 11 Uhr

Veranstalter: Stadtjugendring Stuttgart e.V., Beate Müller, Junghansstraße 5,
70469 Stuttgart, Tel: 0711/23726-22, Fax: 0711/23726-90,
E-Mail: beate.mueller@sjr-stuttgart.de

Bergen-Belsen, 10. August 2002

Führung: »Jüdische und politische Häftlinge aus Polen im Konzentrationslager
Bergen-Belsen«, Beginn: 15 Uhr

Veranstalter/Ort: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Gedenkstätte Bergen-Belsen, 29303 Bergen-Belsen; Tel: 050 51/60 11, Fax: 050 51/73 96,
E-Mail: Bergen-Belsen@t-online.de, www.bergenbelsen.de

Bergen-Belsen, 24. August 2002

Rundgang: »Geschichte und Gegenwart: Möglichkeiten historischen Lernens in der
Gedenkstätte Bergen-Belsen«, Beginn: 14 Uhr

Veranstalter/Ort: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Gedenkstätte Bergen-Belsen, 29303 Bergen-Belsen; Tel: 050 51/60 11, Fax: 050 51/73 96,
E-Mail: Bergen-Belsen@t-online.de, www.bergenbelsen.de

Seminare, Tagungen

Ingelheim, 19.–21. Juni 2002

Tagung: »Ideologie und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus«

Veranstalter/Information: Fridtjof-Nansen-Akademie, Wilhelm-Leuschner-Straße 61,
55218 Ingelheim am Rhein, Tel: 061 32/790 03 16, Fax: 061 32/790 03 22
E-Mail: fna@wbz-ingelheim.de

Dachau, 26.–28. Juni 2002

Tagung: »Kunst und Konzentrationslager« – Ein Thema für die Bildungsarbeit an
den KZ-Gedenkstätten Theresienstadt und Dachau

Veranstalter / Information: KZ-Gedenkstätte Dachau, Gedenkstätte Theresienstadt,
Jugendgästehaus Dachau, Annette Eberle, Alte-Römer-Straße 75, 85221 Dachau,
Tel: 081 31/66 99 70, Fax: 081 31/22 35, E-Mail: info@kz-gedenkstaette-dachau.de,
www.kz-gedenkstaette-dachau.de

Dachau, 26. Juli – 16. August 2002

Projekt: »erinnern – begegnen, verstehen, Zukunft gestalten« –
20. Internationale Jugendbegegnung Dachau

Veranstalter/Informationen: Katholische Jugendstelle Dachau, Gottesackerstraße 17,
85221 Dachau, Tel: 08131-81845, Fax: 08131-350114,
E-Mail: come@youthmeeting-dachau.de, www.jugendbegegnung-dachau.de

Redaktionsschluss für
Veranstaltungshinweise
im Gedenkstätten-
Rundbrief 108/2002
ist der 2. August 2002.
Hinweise werden
berücksichtigt sofern aus
Platzgründen möglich.

Krakau, 2.–11. August 2002

Seminar: »Trainings course on history as a cause of conflicts in Europe«

Veranstalter/Information: UNITED for Intercultural Action, European network against
nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees, Postbus 413,
NL-1000 AL Amsterdam, Netherlands, Tel: +31 20/683 47 78, Fax: +31 20/683 45 82
E-Mail: info@unitedagainstracism.org, www.unitedagainstracism.org

*Veranstaltungshinweise werden auch auf den Seiten des GedenkstättenForums
veröffentlicht. Dort können Institutionen ihre eigenen Veranstaltungshinweise
selbstständig und damit möglichst frühzeitig eintragen.*

Literaturhinweise

Ailsby, Christopher: *The Third Reich day by day*. St. Paul, MN: MBI, 2001. ISBN 0-7603-1167-6

Appel, Susanne: *Reisen im Nationalsozialismus: eine rechtshistorische Untersuchung*. Baden-Baden: Nomos, 2001. (Schriften zum Reise- und Verkehrsrecht Bd. 3). Hochschulschrift: Rostock, Univ., Diss., 1999. ISBN 3-7890-6381-9

Bernard-Donals, Michael F.: *Between witness and testimony: the Holocaust and the limits of representation*. Albany: State Univ. of New York Press, 2001. ISBN 0-7914-5150-X

»Bis hierher – und wie weiter?«: pädagogische Konzepte zum professionellen Umgang mit Rechtsextremisten ; Dokumentation des Internationalen Seminars für Multiplikatoren in der Jugendarbeit vom 26. 8.-31. 8. 2001 in der Jugendbegegnungsstätte der Gedenkstätte Buchenwald. Rosmarie Hofmann [Bearb.]; Thüringer Justizministerium: Erfurt; Weimar, 2002, 114 S.

Bosmajian, Hamida: *Sparing the child: grief and the unspeakable in youth literature about Nazism and the Holocaust*. New York [u. a.]: Routledge, 2002. (Children's literature and culture v. 16). ISBN 0-8153-3856-2

Brill, Werner: »Mitleid ist fehl am Platz« Über Vernichtungskrieg und Gewalt: pädagogische Materialien, Saarbrücken 1999. Saarbrücken: Blattlaus, 1999. ISBN 3-930771-10-1

British archives: a guide to archive resources in the United Kingdom. Fourth ed. New York, N.Y.: Pelgrave, 2002. ISBN 0-333-73536-6

Cultural history through a National Socialist lens: essays on the cinema of the Third Reich. Rochester, NY: Camden House, 2000. (Studies in German literature, linguistics, and culture). ISBN 1-57113-164-7

Dambitsch, David: *Im Schatten der Shoah: Gespräche mit Überlebenden und deren Nachkommen*. Berlin [u. a.]: Philo, 2002. ISBN 3-8257-0246-4

Doherty, Muriel Knox: *Letters from Belsen 1945: an Australian nurse's experiences with the survivors of war*. St. Leonards: Allen & Unwin, 2000. ISBN 1-86508-222-8

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma. ISBN 3-929446-13-8

Engbring-Romang, Udo: *Bad Hersfeld. Auschwitz: zur Verfolgung der Sinti im Kreis Hersfeld-Rotenburg*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 2002. (»Hornhaut auf der Seele«: Dokumentation der Verfolgung von Sinti und Roma in hessischen Städten und Gemeinden Bd. 6). ISBN 3-86099-162-0

Escape through Austria: Jewish refugees and the Austrian route to Palestine. London [u. a.]: Frank Cass, 2002 Kongr.: Conference Salzburg, Austria: 1998. First appeared as a special issue of The Journal of Israeli History, Vol.19, No.3, Autumn 1998. ISBN 0-7146-5213-X

Fischer, Georg: *Das Erbe des ehemaligen KZ-Häftlings Ferdinand Groß (1908-1998)*. Mosbach: KZ-Gedenkstätte Neckarelz

Forster, Ralf: *Sparkassenwerbefilme im Nationalsozialismus*. Frankfurt a.M.: Lang, 1999. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 842). Hochschulschrift: Berlin, Humboldt-Univ., Magisterarbeit, 1998. ISBN 3-631-35005-8

Frankreich und Belgien unter deutscher Besatzung 1940-1944: die Bestände des Bundesarchiv-Militärarchivs in Freiburg. Stuttgart: Thorbecke Verl., 2002. (Instrumenta Bd. 7). ISBN 3-7995-7271-6

Fürth 1933-39: in Fotoreportagen. Fürth: Berthold, 2000. ISBN 3-927347-41-8

Goni, Uki: *The real Odessa: how Perón brought the Nazi war criminals to Argentina*. London: Granta Books, 2002 ISBN 1-86207-403-8

Hilberg, Raul: *Sources of Holocaust research: an analysis*. Chicago: Ivan R. Dee, 2001. ISBN 1-56663-379-6

The Holocaust and the book: destruction and preservation. Amherst: Univ. of Massachusetts Press, 2001. (Studies in print culture and the history of the book). ISBN 1-55849-253-4

Hoss, Christiane/Martin Schönfeld: *Gedenktafeln in Berlin: Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991-2001*. Berlin: Verein

Aktives Museum Faschismus und Widerstand, 2002. (Schriftenreihe 9)
Hoyt, Edwin P.: Hitler's war. New York: Cooper Square Press, 2001. ISBN 0-8154-1117-0

Jacobeit, Wolfgang: Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im KZ: die Güter der »Deutschen Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung« der SS von 1939 bis 1945. 2. Aufl. Berlin: Trafo-Verl., 2002. (Gesellschaft – Geschichte Gegenwart Bd. 13). ISBN 3-89626-128-2

Die »Jedwabne-Debatte« in polnischen Zeitungen und Zeitschriften: Dokumentation. Potsdam 2001. (Transodra: Deutsch-Polnisches Informationsbulletin 23). ISSN 1618-3207

Kilian, Achim: Mühllberg 1939-1948: ein Gefangenenerlager mitten in Deutschland. Köln: Böhlau, 2001. (Geschichte und Politik in Sachsen Bd. 17). ISBN 3-412-10201-6

Klausch, Hans-Peter: Jakob de Jonge: aus deutschen Konzentrationslagern in den niederländischen Untergrund. Bremen: Edition Temmen, 2002. (DIZ-Schriften 12). ISBN 3-86108-366-3

Kremer, S. Lillian: Women's Holocaust writing: memory and imagination. Lincoln, NE [u.a.]: Univ. of Nebraska Press, 1999. ISBN 0-8032-7800-4

Lambourne, Nicola: War damage in Western Europe: the destruction of historic monuments during the Second World War. Edinburgh: Edinburgh Univ. Press, 2001. ISBN 0-7486-1285-8

Lang, Berel: Uncovering certain mischievous questions about the Holocaust / Berel Lang. Washington: United States Holocaust Memorial Museum, 2002, 18 S. Ina Levine Scholar-in-Residence Annual Lecture 12 March 2002

Linenthal, Edward T.: Preserving memory: the struggle to create America's Holocaust Museum. New York: Columbia Univ. Press, 2001. ISBN 0-231-12407-4

Lozansky-Bogomolnaya, Rivka: Wartime experience in Lithuania. London [u.a.]: Vallentine Mitchell, 2000. (The library of Holocaust testimonies). ISBN 0-85303-406-0

Lukas, Richard C.: Forgotten Holocaust: the Poles under German occupation 1939-1944. 2nd rev. ed. New York: Hippocrene Books, 2001. ISBN 0-7818-0901-0

Meschenmoser, Alfred: Die Judenverfolgung im Dritten Reich: eine philatelistisch-zeitgeschichtliche

Darstellung. Schwalmtal: Phil Creativ, 2001. (Studien zur Philatelie und Postgeschichte 14–16)
Mitchell, Joseph R.: The Holocaust: readings & interpretations.: McGraw-Hill/Dushkin, 2001. ISBN 0-07-244816-4

Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle: verdrängt und ungesühnt. Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2002. ISBN 3-506-74204-3

Niven, Bill: Facing the Nazi Past: united Germany and the legacy of the Third Reich. London [u.a.]: Routledge, 2002. ISBN 041526281X

Pierre, James: The murderous paradise: German nationalism and the Holocaust. Westport, Conn. [u.a.]: Praeger, 2001. ISBN 0-275-97242-9

Pressespiegel: Eröffnung Museum »Sowjetisches Speziallager Nr. 7 / Nr. 1 in Sachsenhausen (1945–1950)« 9. Dezember 2001. Oranienburg 2001

Recht extrem.de – Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Rechtsextremismus – Konzepte und Projekte der politischen und historischen Bildung. Kammerer, Bernd; Anja Prölb-Kammerer (Hrsg.). Nürnberg: emwe, 2002. ISBN 3-932376-24-2

Roseman, Mark: A past in hiding: memory and survival in Nazi Germany. New York: Picador USA, 2002. ISBN 0-312-42065-X

Rosen, Philip: Bearing witness: a resource guide to literature, poetry, art, music, and videos by Holocaust victims and survivors. Westport, Conn.: Greenwood Press, 2002. ISBN 0-313-31076-9

Roth, John K.: Holocaust politics. Louisville [u.a.]: Westminster John Knox Press, 2001. ISBN 0-664-22173-4

Roth-Zimmermann, Marie: Denk' ich an Schelklingen....: Erinnerungen einer Elsässerin an die Zeit im SS-Umsiedlungslager Schelklingen (1942-1945). 2. Aufl. St. Ingbert: Röhrig, 2001. (Annales Universitatis Saraviensis: Philosophische Fakultäten Bd. 16). ISBN 3-86110-275-7

Rother, Bernd: Spanien und der Holocaust. Tübingen: Niemeyer, 2001. (Romania Judaica Bd. 5). ISBN 3-484-57005-9

Rüping, Hinrich: Die Staatsanwaltschaft im Dritten Reich als »gegebene Lenkungsbehörde«. Hannover: Niedersächsisches Justizministerium, 2002, 19 S. Vortrag am 8. November 2001 im Landgericht Göttingen anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Justiz im Nationalsozialismus –

Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes«
im Landgericht Göttingen

Shandley, Robert R.: Rubble films: German cinema
in the shadow of the Third Reich. Philadelphia:
Temple Univ. Press, 2001. ISBN 1-56639-878-9

Sinti und Roma im KL Auschwitz-Birkenau 1943–44
vor dem Hintergrund ihrer Verfolgung unter der
Naziherrschaft / Waclaw Dlugoborski [Hrsg.].
Oswiecim: Verlag Staatliches Museum Auschwitz-
Birkenau, 1998, 452 S. ISBN 83-85047-06-9

Stolle, Michael: Die Geheime Staatspolizei in
Baden: Personal, Organisation, Wirkung und
Nachwirken einer regionalen Verfolgungsbehörde
im Dritten Reich. Konstanz: UVK.-Verl.-Ges., 2001.
(Karlsruher Beiträge zur Geschichte des National-
sozialismus 6). Hochschulschrift: Karlsruhe, Univ.,
Diss., 2000. ISBN 3-89669-820-6

Teaching and studying the Holocaust. Bosten
[u.a.]: Allyn and Bacon, 2000. ISBN 0205184952

The Tragedy of the Jews of Slovakia: 1938-1945:
Slovakia and the »Final Solution of the Jewish
Question«, new english ed. Oswiecim ; Banská
Bystrica: Auschwitz-Birkenau State Museum,
2002. 320 S.: Ill. ISBN 83-88526-15-4 Früherer
Titel: The Tragedy of Slovak Jews (1992)

Tschuy, Theo: Dangerous diplomacy: the story of
Carl Lutz, rescuer of 62,000 Hungarian Jews.
Grand Rapids, Mich.: William B. Eerdmans, 2000.
ISBN 0-8028-3905-3

Ein vergessenes Lager?: über das Außenlager
Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück.

Schkeuditz: GNN

Wertgen, Werner: Vergangenheitsbewältigung:
Interpretation und Verantwortung: ein ethischer
Beitrag zu ihrer theoretischen Grundlegung.
Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2001. (Politik- und
Kommunikationswissenschaftliche Veröffentlich-
ungen der Görres-Gesellschaft 20).
Hochschulschrift: Saarbrücken, Univ., Diss., 1999.
ISBN 3-506-76830-1

Wesolowska, Danuta: Wörter aus der Hölle: die
»lagersprache« der Häftlinge von Auschwitz.
Aus dem Polnischen von Jochen August. Krakow:
Impuls, 1998, 272 S. ISBN 83-86994-89-4

Wiesen, S. Jonathan: West German industry and
the challenge of the Nazi past, 1945–1955. Chapel
Hill [u.a.]: The Univ. of North Carolina Press, 2001.
ISBN 0-8078-2634-0

Wildt, Michael: Generation des Unbedingten: das
Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes.
Hamburg: Hamburger Ed., 2002. ISBN 3-930908-75-1

Wolf, Winfried: Autobahn und »Volksmotorisierung«
seit 1933. Berlin: GVE, 2001. (Verkehr Kompakt 7).
ISBN 3-89218-507-7 (zum Preis von 2 Euro zu
beziehen über: Arbeitskreis Verkehr und Umwelt,
Berlin Tel: 030/492 74 73)

Wook, Joachim: NS-Justiz und NS-Juristenkarrieren
nach 1945 im Landgerichtsbezirk Verden. Hannover:
Niedersächsisches Justizministerium, 2002, 43 S.
Vortrag am 19. März 2002 im Landgericht Verden